

E+Z

MONATLICHES E-PAPER

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

E+Z

D+C

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249

Mai 2017

GLAUBE

BMZ will Religionsführer
für Entwicklungspolitik
gewinnen

ARBEIT

Jugendliche brauchen
Chancen – zum
Beispiel in Afrika

UMWELT

Nachhaltigkeit muss
auch entlang Küsten
erreicht werden



Globale Agenda

Monitor

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sucht Kooperation mit religiösen Organisationen | Lösungen im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit | Jobs im ländlichen Raum | Schuldenlast armer Länder steigt | Positive Bilanz von Oikokredit | Heutzutage: Korruption im tansanischen Alltag | Impressum **4**

Debatte

Kommentare über Saudi-Arabiens destruktive Intervention im Jemen und Handlungsoptionen angesichts eingeschränkter zivilgesellschaftlicher Freiheiten **11**

Tribüne

SABINE BALK: Einblicke in Bangladeschs Textilfabriken **13**

LEA DIEHL UND HANS DEMBOWSKI: Nachhaltigkeitsfragen für Fischer und Küstenstädte **15**

Schwerpunkt: Globale Agenda

CHINEDU MOGHALU: Der Privatsektor muss den Wandel zu nachhaltigem Wirtschaften vorantreiben **18**

INTERVIEW MIT GERD MÜLLER: Warum wir einen Marshallplan mit Afrika brauchen **20**

FRANNIE LEAUTIER: Die Afrikanische Entwicklungsbank befürwortet einen Marshallplan mit Afrika **21**

BELAY BEGASHAW: Global Governance für Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele vonnöten **23**

FRANK MASANTA: Was Sambia tut, um die SDGs zu erreichen **25**

MONA NAGGAR: Libanon braucht wegen Flüchtlingen Unterstützung **27**

REZAUL HAQUE: Wie Krankenkassen für alle funktionieren können **28**

ADITI ROY GHATAK: Indiens Premier Modi rühmt sich guter Regierungsführung **29**

ADOLF KLOKE-LESCH: Die G20 und die Agenda 2030 **32**

HANS DEMBOWSKI: Menschengemachte Hungersnot **33**

JÖRN GEISSELMANN: Wie Ultra-Armut beseitigt werden kann **34**

SEBASTIAN REWERSKI: Armut bedeutet nicht immer nur Mangel an Geld **36**

KARL FALKENBERG: Europa muss zu Solidarität und Nachhaltigkeit zurückfinden **38**

Globale Agenda

Schub für Afrika

Afrikas Anteil an weltweiten Investitionen in saubere Energie muss wachsen, findet Chinedu Moghalu von der staatlichen Nigerian Export-Import Bank. Der Privatsektor und internationale Kooperation müssten dies vorantreiben. Ähnlich argumentiert auch Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, im Interview über seinen „Marshallplan mit Afrika“. **SEITEN 18, 20**

Global Governance für Nachhaltigkeitsziele

Geringentwickelte Länder brauchen bei der Verwirklichung der Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele Unterstützung, urteilt Belay Begashaw vom afrikanischen Sustainable Development Goals Center for Africa in Kigali. Was Sambia tut, um die SDGs zu erreichen, beschreibt Bildungsaktivist Frank Masanta aus Lusaka. **SEITEN 23, 25**

Politik für die Armen

Die tausenden Syrer im Libanon bedürfen internationaler Hilfe, meint die Journalistin Mona Naggar. Wer Ungleichheit angehen will, darf das Gesundheitswesen nicht Marktkräften überlassen, fordert Rezaul Haque von GK, einer zivilgesellschaftlichen Gesundheitsorganisation in Bangladesch. Dass Indiens Premierminister Narendra Modi aus Sicht seiner Kritiker weniger vorbildlich handelt, als er selbst vorgibt, erläutert die Journalistin Aditi Roy Ghatak. Adolf Kloke-Lesch vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik befürchtet wiederum, dass die G20 sich als den SDGs nicht gewachsen erweisen könnten. **SEITEN 27, 28, 29, 32**

Hilfe für die Ultra-Armen

Extreme Armut zu beseitigen, ist ein ambitioniertes Ziel. GIZ-Politikberater Jörn Geißelmann weist darauf hin, dass es mit entschlossenem Handeln erreichbar ist. Sein Kollege Sebastian Rewerski beschäftigt sich mit dem Zusammenhang von Armut und Glück. **SEITEN 34, 36**

Europäische Markenzeichen

Die EU muss sich wieder ihre Vorreiterrolle in Bezug auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit zurückerobern, fordert Karl Falkenberg vom European Political Strategy Centre (EPSC). Dafür muss die EU zu der Solidarität zurückkehren, die sie früher ausgezeichnet hat. **SEITE 38**

Leitlinien für Weltpolitik

Hungersnot bedroht derzeit weite Teile Afrikas und den Jemen. Hauptgrund sind Kriege, aber Dürren sind auch relevant. Unabhängig von den Ursachen ist massenhafter Hunger jedenfalls unvereinbar mit dem Nachhaltigkeits-Entwicklungsziel (Sustainable Development Goal – SDG), Armut in allen Formen zu beenden.

Die 17 SDGs bilden ein stimmiges und universelles Programm für alle wichtigen Themen, die die Zukunft der Menschheit bestimmen – von Hunger über Gesundheitsversorgung und Bildung bis hin zu Frieden, Gerechtigkeit und verantwortlichem Konsum. Die UN hat sie in der Agenda 2030 einstimmig angenommen. Leider lehnt eine wachsende Zahl von Regierungen mittlerweile ihre globale Verantwortung jedoch ab. Populistische Politiker beanspruchen, ihr Land vor internationalen Anmaßungen zu schützen. Kleinkariertem Nationalismus kommt bei vielen Menschen an, löst aber keine Probleme. Identitätspolitik benennt nur Sündenböcke und hetzt Menschen gegeneinander auf. Populisten tun so, als müsse sich niemand um die Erde als ganze kümmern, und die Aufgabe von Regierungen sei vor allem, ihrem Land einen möglichst großen Anteil der weltweiten Ressourcen zu sichern. Ihnen zufolge ist der Erfolg eines Akteurs immer die Niederlage eines anderen.

Weltpolitik ist aber kein Nullsummenspiel. Unser Planet gibt Grenzen vor, an die sich die Menschheit halten muss, und Zusammenarbeit hilft, Ressourcen optimal zu nutzen. Waghalsiger Kampf um diese führt nur zu deren schnellerem Verbrauch – und wenn der Kampf zum Krieg eskaliert, macht er allen Beteiligten das Leben zur Hölle. Niemand kann sich von globalen Risiken abschirmen. Klimawandel, Finanzkrisen, Infektionskrankheiten, organisierte Kriminalität und andere globale Phänomene gehen uns alle an. Wir müssen uns ihnen gemeinsam stellen. Ja, es stimmt, internationale Zusammenarbeit ist schwierig. Aber wenn sie gelingt, kann sie sogar Bürgerkriege beenden. Nichtkooperation führt dagegen in die Katastrophe.

Vor nicht ganz einem Jahrzehnt entstand die G20 als informelles Forum für die Spitzenpolitiker der 20 wichtigsten Volkswirtschaften. Regierungs- und Staatschefs aus etablierten Mächten und Schwellenländern wollten kooperieren, um nach dem Kollaps der New Yorker Investmentbank Lehman Brothers eine weltweite Wirtschaftsdepression zu verhindern. Als das gelungen war, orientierten sie sich aber schnell wieder an nationalen Interessen. Die G20 verlor an Schwung.

Heute befindet sie sich in einem besonders traurigen Zustand. Zu den Ländern, die von spalterischen Populisten regiert werden, gehören mittlerweile Indien, die Türkei und – besonders wichtig – die USA (siehe unser Schwerpunkt im E+Z/D+C e-Paper 2017/02). Die Präsidentinnen von Brasilien und Südkorea wurden in den vergangenen Monaten ihrer Ämter enthoben. Chinas kommunistisches Regime, das über viele Jahre langsam seine Herrschaft liberaler gemacht hatte, wird wieder repressiver (siehe Sausmikrat in unserem E+Z/D+C e-Paper 2017/02, S.33). Britannien und die EU sind vom Brexit-Votum im vergangenen Sommer geschwächt. Vor zehn Jahren wollte Russland ein Partner der EU sein, nun verhält es sich antagonistisch.

Die SDGs sind grundsätzlich erreichbar. G20-Politiker sollten nicht um Macht, sondern darum wetteifern, wer am meisten für die Erreichung der globalen Ziele tut. Das wäre für die Zukunft der Menschheit wichtig – und das müssen Ratgeber aus Privatsektor, Zivilgesellschaft und Wissenschaft den Verantwortlichen sagen.



HANS DEMBOWSKI
ist **Chefredakteur von E+Z**
Entwicklung und Zusammenarbeit/
D+C Development and Cooperation.
euz.editor@fs-medien.de

Debatte



Die Kraft der Religion

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sucht die Zusammenarbeit mit Religionsgemeinschaften. Das ist sinnvoll, aber leichter gesagt als getan, wie Debatten bei der entwicklungspolitischen Konferenz der Evangelischen Kirche im April zeigten (Monitor). Um in autoritär regierten Staaten demokratische Haltungen zu fördern, können die Netzwerke kirchlicher Organisationen wertvoll sein. Meike Geppert von Brot für die Welt erläutert, warum. **SEITEN 4, 12**

Destruktive Intervention

Im Jemen tobt ein verheerender Krieg. Die Truppen des reichen Nachbarlandes Saudi-Arabien tragen in erheblichem Maße zu Verwüstung und Hunger bei, urteilt der Regionalexperte Maysam Behravesh. **SEITE 11**

Tribüne



Vorzeigbare Betriebe

In Bangladesch arbeiten Textilunternehmen daran, höhere Sozial- und Umweltstandards einzuhalten. E+Z/D+C-Redakteurin Sabine Balk hat an einer Reise teilgenommen, bei der deutschen Besuchern vorbildliche Betriebe gezeigt wurden. **SEITE 13**

Gemeinsame Werte



Entwicklungspolitische Zusammenarbeit mit religiösen Akteuren ist sinnvoll: Ein katholischer Priester im Gespräch mit einem Imam im Islamic Center of Lexington im US-Bundesstaat Kentucky.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) will die Kooperation mit religiösen Organisationen verbessern – unter anderem, weil Geistliche in Entwicklungsländern recht einflussreich sind. Allerdings kann Religionszugehörigkeit auch identitätspolitisch missbraucht werden.

Von Hans Dembowski

Obiora Ike ist ein katholischer Priester und Intellektueller aus dem nigerianischen Bundesstaat Enugu. Dort ist er am interreligiösen Dialog mit muslimischen Geistlichen beteiligt. Aus seiner Sicht hat dieser Austausch ein großes Potenzial – unter anderem mit Blick auf Gewaltprävention und Friedenssicherung. Interreligiöse Gremien können seinem Urteil nach wie traditionelle Ältestenräte großen Einfluss ausüben.

Ike betont, dass Prediger aller Religionen engen Kontakt zu den Gläubigen haben, deren Vertrauen genießen und deren Nöte kennen. Entsprechend könnten sie im

Entwicklungsprozess eine wichtige Rolle übernehmen.

Ikes Erfahrung nach unterschätzen internationale Geberinstitutionen die Bedeutung des Glaubens im afrikanischen Alltag. Er sagt, viele Menschen könnten klar benennen, woran es ihnen mangle – vom sicheren Trinkwasser über Straßen bis hin zu Arbeitsplätzen. Würden sie aber gefragt, was sie sich am dringendsten wünschten, dann sagten sie: „eine Kirche“. Der Kleriker betont, dass Kirchen Menschen zusammenbringen, und wenn dort die Botschaft von Frieden und Gerechtigkeit verbreitet werde, trieben sie Entwicklung voran.

Auch Wolfram Stierle vom BMZ hält Religion für sehr wichtig. Wenn die Menschheit die Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) erreichen sollte, müssten Religionsführer dazu beitragen. Die Agenda sei zu ehrgeizig und zu wichtig, um sie Staaten zu überlassen. Folglich müssten developmentpolitische Akteure Glaubensfragen berücksichtigen, aber viele Entwicklungsprofis wüssten da-

rüber kaum Bescheid. Stierle bezeichnet das als „unprofessionell“.

Das BMZ hat sich in den vergangenen Jahren diesbezüglich umorientiert (siehe Kasten, S. 5). Stierle stellt klar, es gehe nicht darum, Religionsgemeinschaften zu fördern oder gar ihre Missionare zu unterstützen. Bundesminister Gerd Müller ist bekanntlich gläubiger Katholik, aber es geht ihm nicht um die Kooperation mit einer bestimmten Glaubensrichtung. Die Grundidee ist, gemeinsamen Werten entsprechend zu handeln, um die SDGs und die Menschenrechte zu verwirklichen (siehe hierzu auch Kommentar, S. 12).

Dem BMZ ist klar, dass Religionszugehörigkeit auch problematisch sein kann. So verschlimmern etwa religiös konstituierte Organisationen in Krisen häufig Gewalt. Stierle sagt, Religionen seien nur sehr selten die Ursache eines Konflikts, allerdings würden Konflikte oft als Folge religiöser Differenzen interpretiert.

Wenn sich solche Narrative festsetzen, wird Glaube zum Brandbeschleuniger, denn Religionszugehörigkeit wird dann für

religionsfremde Zwecke missbraucht. Identitätspolitik dient in vielen Ländern dazu, Minderheiten auszugrenzen und die Position privilegierter Gruppen zu stärken.

Auf der entwicklungspolitischen Konferenz der Evangelischen Kirche und ihrer Werke diskutierten Teilnehmer Anfang April in Schwerte unter anderem darüber, wie destruktive Identitätspolitik verhindert werden kann. Es wurde festgehalten, dass jede große Religion instrumentalisiert werden kann. Zu den populistisch-autoritären Politikern, die das tun, gehören etwa der sunnitische Muslim Recep Tayyip Erdogan in der Türkei, der Hindu Narendra Modi in Indien oder der Katholik Jaroslaw Kaczynski in Polen. Auch US-Präsident Donald Trump ist es gelungen, Glauben im Wahlkampf für sich zu nutzen. Er gewann trotz seiner Scheidungen und seiner sexistischen Rhetorik die Mehrheit der Stimmen evan-

gelikaler Christen, weil er gegen den Islam agitierte und versprach, einen Abtreibungsgegner an den Supreme Court zu berufen.

Die Fachwelt kennt kein sicheres Rezept, um Identitätspolitik unmöglich zu machen. Fest steht aber, dass entwicklungspolitische Akteure in der Lage sein müssen, konstruktive von destruktiven Kräften zu unterscheiden. Sonst können sie sich nie sicher sein, dass sie nicht die falschen Kräfte unterstützen.

Jochen Motte von der Vereinten Evangelischen Mission benennt dafür vier Kriterien. Positiv seien Organisationen zu bewerten, wenn sie Gerechtigkeit, Leben, Frieden und Befreiung fördern. Diejenigen, die das nicht tun, blockierten dagegen Entwicklung. Zu welcher Religion sie gehörten, sei dagegen entwicklungspolitisch unwichtig.

Tarek Abdelalem von Islamic Relief Germany stimmt dieser Sicht zu – und er

spricht sich für wirksameren interreligiösen Dialog aus. Er sagt, Religion kreise immer um die Beziehungen Mensch–Gott, Mensch–Mensch und Mensch–Umwelt. Bislang behandle der interreligiöse Austausch vor allem die Beziehung Mensch-Gott, bei der die Differenzen am größten seien. Bei den anderen beiden Themen gebe es mehr Übereinstimmung. Alle Regionen befürworteten Frieden, Gerechtigkeit und karitative Solidarität.

Zu den gemeinsamen Werten zählt Abdelalem auch die Menschenrechte. Mit Blick auf Ägypten sagt er beispielsweise, Geberregierungen und internationale zivilgesellschaftliche Organisationen müssten die einschlägigen Vergehen der Regierung kritisieren. Jedes autoritäre Regime, das den Eindruck habe, sein Verhalten werde international akzeptiert, sei versucht, die Repression weiter zu verschärfen.

Vertrauen schaffen

Die International Partnership on Religion and Sustainable Development (PaRD) wächst schnell. Sie wurde voriges Jahr ins Leben gerufen und hat bereits 17 Mitglieder. Dazu zählen unter anderem die Regierungen von Deutschland, Britannien und Norwegen sowie die Weltbank und die Afrikanische Union. Ulrich Nitschke, der das PaRD-Sekretariat leitet, teilt mit, rund 50 Organisationen hätten sich bereits als Partner angemeldet.

Nitschke ist für seine Aufgabe einschlägig qualifiziert. Er ist katholischer Theologe und leitet als GIZ-Mitarbeiter für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ein Sektorvorhaben zu Religion und Entwicklung.

Nitschke stellt klar, dass die PaRD kein Finanzierungsmechanismus ist. Sie solle auch keinen bestimmten Glauben för-

dern. ODA (official development assistance – Entwicklungshilfe) dürfe nicht in Missionarstätigkeit fließen, sondern müsse Entwicklung voranbringen. Aufgabe der PaRD sei es, Vertrauen zu schaffen, Erfahrungsaustausch zu organisieren und zur Erreichung der Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) beizutragen. Zu den PaRD-Prinzipien gehören unter anderem Toleranz, Wechselseitigkeit und Inklusion. Religiöse Organisationen, die diese Prinzipien nicht akzeptierten, kämen als PaRD-Partner nicht in Frage.

Die PaRD diskutiert über Konzepte und prüft, wie Geberinstitutionen mit religiösen Akteuren wirkungsvoll kooperieren können. Dabei geht es zum Beispiel um Themen wie Bildung, Frieden oder Geschlechtergerechtigkeit. Nitschke sagt, verschiedene



Geber beschäftigten sich schon seit längerem mit diesen Dingen, aber das habe sich bisher noch nicht konkret auf die Programm- und Projektebene ausgewirkt. Entsprechend habe die BMZ-Initiative, die Dinge systematisch anzugehen, Anklang gefunden, und die PaRD entstand. Sie wird von den Mitgliedern finanziert, und diese legen auch die Agenda fest. Das Sekretariat ist bei der GIZ in Bonn angesiedelt.

Aus Nitschkes Sicht kommt es unter anderem darauf an, das religionsbezogene Wissen der Entwicklungsprofis zu steigern. Besonders der Islam sei relevant. Nitschkes Zahlen zufolge sind 75 Prozent der Menschen in Deutschlands zehn wichtigsten Kooperationsländern Muslime. Zudem wachse der muslimische Teil der Weltbevölkerung schnell – rund ein Drittel sei derzeit jünger als 15 Jahre.

BESCHÄFTIGUNG

Radikalismus ist nicht immer falsch

Afrikas Jugend braucht Jobs. Die strukturellen Gründe von Arbeitslosigkeit müssen angegangen werden.

Von Hans Dembowski

Fähigkeiten sind wichtiger als Klassenzimmer, und Kompetenz ist wichtiger als Zeugnisse. Das sollte in Afrika generell beherzigt werden, findet Misan Rewane, die in Lagos die Initiative WAVE (West Africa Vocational Education) leitet. Sie hilft jungen Arbeitslosen, Jobs zu finden. Wie Rewane erläutert, muss ihnen klar werden, was sie schon können müssen, was sie schon können und was sie noch lernen können. Selbst kurze Zwei-Wochen-Kurse ließen sie neue Perspektiven finden, weil ihnen oft gar nicht klar sei, wozu sie in der Lage seien.

Die junge Frau legt zugleich Wert darauf, potenziellen Arbeitgebern bewusstzumachen, auf welche Kompetenzen es wirklich ankommt. Sie müssten lernen, besser anzuheuern.

Rewane beklagt, in Nigeria gebe es keinen Austausch zwischen Bildungswesen und Arbeitgebern. Personalmanager legten zu viel Wert auf formale Abschlüsse.

Diese seien aber häufig gekauft und spielten nicht den wirklichen Kenntnisstand von Bewerbern wider.

Laut Rewane sind viele Schulabbrecher in der Lage, Einstiegsjobs zu übernehmen und später beruflich aufzusteigen. Teilweise bildeten Unternehmen auch aus, aber oft sorgten Arbeitgeber sich, ihre Leute würden sich abwerben lassen, sobald sie über marktrelevante Fähigkeit verfügten. Rewanes Standardantwort darauf ist: „Und was ist, wenn Sie nicht ausbilden und die Leute bleiben?“

Unterbeschäftigung und Arbeitslosigkeit sind in Afrika außerhalb Nigerias schnell wachsender Wirtschaftsmetropole Lagos erst recht bekannt. Die Probleme sind systemisch und im abgelegenen ländlichen Raum besonders ausgeprägt. Fast zwei Drittel der Bevölkerung des Kontinents sind jünger als 25. Rund ein Drittel aller jungen Menschen wird Schätzungen zufolge 2100 in Afrika leben. Gute Arbeitsplätze werden dringend gebraucht.

Charles Vincent Dan von der International Labour Organization (ILO) weiß darüber Bescheid. Schon heute sei Migration „ein Symptom mangelnder Chancen“. Er benennt vier Kernprobleme:

- den Mangel an guten Jobs,
- den Mangel an guter Ausbildung,
- den Mangel an sozialer Sicherung und
- die Benachteiligung von Frauen, weil beispielsweise vier von zehn Mädchen vor ihrem 18. Geburtstag heirateten.

Aus Dans Sicht muss die Politik dafür sorgen, dass die Privatwirtschaft Arbeitsplätze schafft. Landwirtschaft und Technologie seien besonders wichtig – weil in Ersterer viele Menschen ihr Einkommen erwirtschaften und weil Letztere droht durch Automatisierung viele Arbeitsplätze zu vernichten.

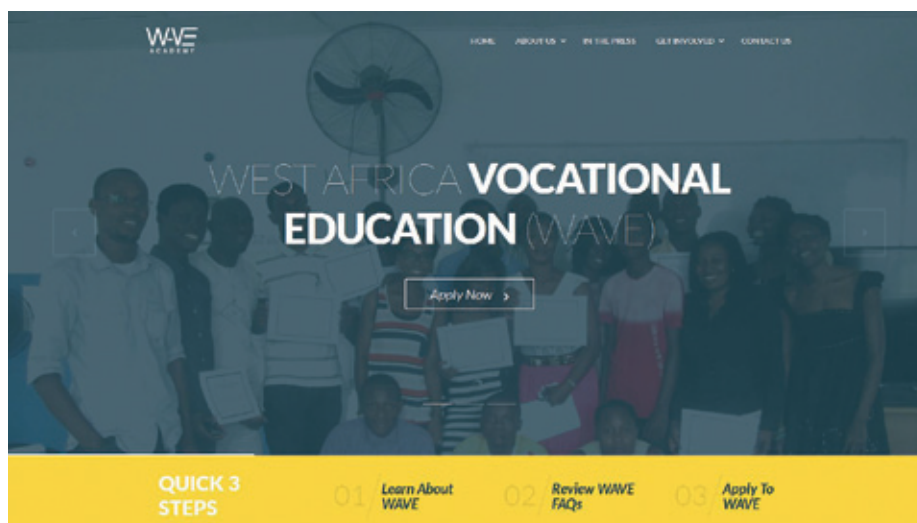
Bei einer Tagung der Stiftung Frieden und Entwicklung (sef) in Potsdam sagte Dan Anfang April, Arbeitslosigkeit führe zu Instabilität. Er berief sich auf die Weltbank, der zufolge 40 Prozent aller Jugendlichen, die sich 2011 militanten Organisationen angeschlossen, keine Jobs hatten.

sef-Beiratsmitglied Henning Melber urteilt, eine Möglichkeit, militanten Tendenzen vorzubeugen, sei, die politische Teilhabe von Jugendlichen zu verbessern. Deren Teilhabe sei leider alles andere als selbstverständlich.

Tatsächlich sollen junge Leute in von Traditionen geprägten Gesellschaften Älteren möglichst nicht widersprechen. In Somalia zum Beispiel gilt das als „Schande“, wie Ilwad Elman vom Elman Peace and Human Rights Center in Mogadischu ausführt. Religionskritische Argumentation sei kontraproduktiv, und junge Leute müssten angesprochen werden, „bevor sie gewalttätig werden“.

In vielen afrikanischen Ländern versagt aus Sicht von Job Shipululo Amupanda von der African Youth Commission der AU die Politik. Die Führungspersonlichkeiten der Unabhängigkeitsbewegungen hätten sich einfach „in dasselbe Bett“ gelegt, das Kolonialherren und rassistische Machthaber zurückgelassen hätten (siehe auch Henning Melber in E+Z/D+C e-Paper 2017/02, S. 18).

Amupanda beklagt, afrikanische Politiker hätten Jugendthemen immer für zweitrangig gehalten. Mit Blick auf den arabischen Frühling oder den Sturz von Blaise Compaoré, der Burkina Faso von 1987 bis 2014 autoritär regierte, sagt er, jugendlicher Radikalismus sei nicht immer falsch. Nichts ändere sich, „wenn wir nicht protestieren und Diktatoren stürzen“.



WAVE schafft Perspektiven in Lagos.

BESCHÄFTIGUNG

Ländlicher Raum braucht Aufwertung

Die wachsende Bevölkerung Afrikas muss mit Nahrung versorgt werden, gleichzeitig sind Millionen junger Leute auf der Suche nach Jobs und Zukunftsperspektiven. Der ländliche Raum bietet durchaus Beschäftigungschancen, leidet jedoch unter fehlender Attraktivität.

Von Linda Engel

Gerade gut ausgebildete junge Afrikaner zieht es weg vom Land in die großen Städte. Ein Job in der Landwirtschaft erscheint ihnen einfach nicht attraktiv. Nana Adjoa Sifa Amponsah, die einen landwirtschaftlichen Inkubator in Ghana gegründet hat, versucht es daher mit einem sprachlichen Trick: Sie redet von „Agribusiness“, um den Menschen die Potenziale dieses Beschäftigungsbereichs zu vermitteln.

In ihren Augen ist staatliche Unterstützung vonnöten, um die Landwirtschaft

attraktiver zu machen. Zum Beispiel kaufe die kenianische Regierung Produkte von Kleinbauern auf, um Gefängnisse und öffentliche Einrichtungen zu versorgen. „Die Menschen müssen sehen, dass es Käufer für ihre Produkte gibt“, sagte Amponsah auf einer Podiumsdiskussion des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Ende März in Bonn.

Laut BMZ-Abteilungsleiter Gunther Beger wird sich die Zukunft der Menschheit im ländlichen Raum entscheiden. Dort lebten die meisten Hungernden. Zudem würden in Afrika bis 2030 eine halbe Milliarde Menschen auf den Arbeitsmarkt strömen. Sein Kollege Stefan Schmitz kritisiert: „Die ländlichen Räume sind weltweit viel zu lang vernachlässigt worden.“ Nun mangle es an Straßen, Elektrizität, Schulen und Krankenhäusern. Unternehmen und gut ausgebildete Leute schrecken daher vor Investitionen im ländlichen Raum zurück.

Die Podiumsteilnehmer waren sich einig, dass Bauern besseren Zugang zu Finanzdienstleistungen brauchen. Einen Kredit für Konsumgüter wie Kühlschränke oder Fernseher zu erhalten sei kein Problem. Doch wenn es um Kredite im landwirtschaftlichen Bereich gehe, seien Banken häufig skeptisch.

Besonders wichtig ist die Unterstützung von Frauen. Halatou Dem aus Mali hatte dem Getreide verarbeitenden Betrieb ihrer Mutter zunächst selbst den Rücken gekehrt und in einer Stiftung gearbeitet, bevor sie die Notwendigkeit der Landwirtschaft erkannte. Heute leitet sie den Betrieb und ist Arbeitgeberin von mehr als 20 festangestellten Frauen. Sie habe zu Beginn als junge Frau häufig Probleme gehabt, sich durchzusetzen, sagt Dem. Mittlerweile lägen diese Zeiten aber hinter ihr. Amponsah sagt: „In Ghana arbeiten viele Frauen in der Landwirtschaft, allerdings befinden sie sich am unteren Ende der Einkommensleiter.“ Das wolle sie mit ihrem Unternehmen ändern.

Lutz Hartmann, der seit drei Jahren ein landwirtschaftliches Unternehmen in Äthiopien führt und im Vorstand des Afrikaverbands der deutschen Wirtschaft ist, beklagt bürokratische Hürden. Selbst kleinste administrative Vorgänge müssten meist in der acht Autostunden entfernten Hauptstadt Addis Abeba erledigt werden. Außerdem sei es schwierig, qualifiziertes Büropersonal auf dem Land zu finden.

Gut ausgebildete Menschen, die die Stadt für einen Job im ländlichen Raum verlassen, stellen die Ausnahme dar. Einer von ihnen ist Gabriel Litunya Akali aus Kenia. Er arbeitete bis vor kurzem in der Hauptstadt Nairobi im Schnittblumengewerbe, berät aber nun für ein Unternehmen Bauern auf dem Land. Seine Frau, die im Bankensektor beschäftigt ist, und seine zwei Kinder leben jedoch weiterhin in Nairobi, wo die Lebensbedingungen besser sind. Daher pendelt er nun zwischen Stadt und Land – zu Lasten der Familie.

Die Podiumsdiskussion des BMZ war Teil des dreitägigen Workshops „Rural Future Lab“, der den Auftakt für die Ende April in Berlin stattfindende G20-Konferenz „The Future of the Rural World. Innovation – Youth – Employment“ bildete. Daraus soll die „Berlin-Charta“ hervorgehen mit dem Ziel, Beschäftigungschancen für junge Leute im ländlichen Raum zu schaffen.



Viele Afrikaner finden Jobs in der Landwirtschaft nicht attraktiv: Teeproduktion in Kenia.

ENTSCHULDUNG

G20-Pläne greifen zu kurz



**Risikoreiche
Investition: Ein
Schiff der Korea
Gas Corporation
bohrt nach
Flüssiggas vor
der Küste von
Mosambik.**

Die Schuldenlast armer Länder steigt weiter. Anstatt in Bildung und Gesundheit fließt viel Geld in die Tilgung von Schulden und Zinsen. Ein internationales, unabhängiges Insolvenzverfahren für Staaten findet derzeit jedoch wenig Unterstützung innerhalb der G20.

Von Linda Engel

Die Zahl der kritisch verschuldeten Länder ist im vergangenen Jahr von 108 auf 116 gestiegen. Eine besonders negative Dynamik stellt der Schuldenreport 2017 des Bündnisses erlassjahr.de für Länder der ehemaligen Sowjetunion und Nordafrika fest. Im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt ihres Landes weisen diese Länder beispielsweise viel zu hohe Auslandsschulden auf. Viele osteuropäische Länder finanzierten nach Zusammenbruch der Sowjetunion den Übergang zur Marktwirtschaft durch Schulden im Ausland.

Der Schuldenreport kritisiert, dass hoch verschuldete Länder auf das Wohlwollen der Gläubiger angewiesen seien, meist reicher Staaten aus dem Norden. Internationale Standards zur Kreditvergabe fehlten. Die Autoren fordern faire und transparente Verfahren für Schuldenerlasse. Die freigegebenen Mittel sollten der Armutsbekämpfung zugutekommen.

Viele Staaten Subsahara-Afrikas haben von vergangenen internationalen Entschuldungsinitiativen, den HIPC- und MDRI-In-

itiativen (Heavily Indebted Poor Countries, Multilateral Debt Relief Initiative), profitiert. Allerdings verschlechterte sich ihre Lage erneut, da die Staaten ihre wiedergewonnene Kreditwürdigkeit nutzten, um weitere Schulden aufzunehmen, informiert der Report.

Dies ist umso leichter, da Afrika aufgrund der niedrigen Zinsen in Europa aktuell internationale Investoren anlockt. Besonders beliebt sind laut Schuldenreport rohstoffreiche Staaten. In Mosambik investierten internationale und mosambikanische Unternehmen beispielsweise in den Aufbau einer Infrastruktur für die vor der Küste gefundenen Erdgasvorräte. Diese Investitionen seien jedoch nicht ohne Risiko, da die Unternehmen mit steigenden Preisen im Erdgassektor kalkulierten. Gehe diese Rechnung nicht auf, steige die private Auslandsverschuldung bei geringem Wirtschaftswachstum. Im schlimmsten Falle, so warnt erlassjahr.de, müsste der mosambikanische Staat einspringen, um einen schwachen Erdgassektor zu stützen.

Staatsverschuldung ist auch ein Thema für die G20, zu deren Mitgliedern selbst stark verschuldete Staaten wie Italien und Japan zählen. Nach Ansicht der Schuldenreport-Autoren gehen die Pläne unter der deutschen G20-Präsidentschaft nicht weit genug. Deutschland hält am sogenannten „Pariser Club“ fest, einem informellen Gremium reicher Staaten, das Entscheidungen

über Schuldenerlasse fällt. Die Gruppe der Entwicklungs- und Schwellenländer (G77 und China) schlägt hingegen einen formellen Rechtsrahmen für Entschuldungen und Umschuldungen vor. Auch die Einführung einer Insolvenz für Staaten steht derzeit nicht auf der deutschen Prioritätenliste, obwohl er auf UN-Ebene seit 2014 diskutiert wird.

Investmentfonds als Instrument zur Finanzierung von Entwicklungsprojekten finden derzeit internationale Unterstützung. Allerdings treiben auch sie die Schuldenbilanz der Entwicklungsländer nach oben.

DEUTSCHER FONDS IN DER KRITIK

Der Schuldenreport kritisiert beispielsweise den landwirtschaftlichen Investmentfonds Africa Agriculture and Trade Investment Fund, der vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), der KfW-Entwicklungsbank und der Deutschen Bank aufgesetzt wurde. Mit einem Mix aus öffentlichen und privaten Geldern soll die afrikanische Landwirtschaft gestärkt werden. Allerdings ist ein Großteil der Investitionen bislang an Firmen geflossen, die ihren Sitz in sogenannten Steueroasen haben. Steuern, die den Haushalten der armen Länder zugutekämen, werden so vermieden.

Auch die Wirkungen des Investmentfonds, die am Beispiel Sambias untersucht werden, sind laut dem Schuldenreport fragwürdig. Ein landwirtschaftlicher Großbetrieb vermochte es beispielsweise trotz eines 10-Millionen-Dollar-Kredits bislang nicht, die erwünschten Arbeitsplätze zu schaffen. Stattdessen kam es zu Landkonflikten mit der örtlichen Bevölkerung.

Einen Einblick in die Kreditvergabe der „neuen Geber“ vermittelt der Beitrag über Indien. Das in vielen Teilen selbst noch arme Land versucht seinen Einfluss insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent auszubauen und konkurriert somit mit China, das seit Jahren dort investiert. Der Schuldenreport bemängelt die fehlende Transparenz und Kontrolle durch Indiens Zivilgesellschaft.

LINK

Erlassjahr.de: Schuldenreport 2017.
<http://erlassjahr.de/wordpress/wp-content/uploads/2017/03/Schuldenreport-2017-online-1.pdf>

OIKOCREDIT

Soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz

Nachhaltige Geldanlagen liegen im Trend. Davon profitiert auch Oikocredit, dennoch ist der Finanzierer alles andere als trendgetrieben. Oikocredit ist ein Pionier auf dem Gebiet und fördert als internationale Genossenschaft seit 1975 nachhaltige Unternehmen und Projekte in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Von Sabine Balk

Ziel von Oikocredit ist es, mit ethischen Geldanlagen Entwicklung zu fördern. Dies macht die Genossenschaft vor allem über Mikrokredite für Menschen mit geringen Einkommen und direkte Investitionen in landwirtschaftliche Unternehmen und erneuerbare Energien möglich. Menschen und Organisationen aus Deutschland oder anderswo, die sozial verantwortlich investieren wollen, können ihr Geld bei Oikocredit anlegen. Sie sind dann als Genossen direkt am Geschäftsbetrieb beteiligt.

Seit der Gründung ist Oikocredit ständig gewachsen und konnte vergangenes Jahr die Rekordsumme von mehr als einer Milliarde Euro in soziale Unternehmen investieren, verkündet Hann Verheijen, Kreditdirektor von Oikocredit International. Das sind 16 Prozent mehr als 2015. In diesem Jahr wird die Investitionssumme von Oiko-

credit vermutlich nochmal um zehn Prozent wachsen. Mit diesem Geld lässt sich einiges bewegen, versichert Verheijen.

Der Investitionsschwerpunkt von Oikocredit mit einer Summe von 814,5 Millionen Euro im vergangenen Jahr ist der sogenannte inklusive Finanzsektor. Das heißt, Oikocredit unterstützt vor allem Mikrofinanzinstitute und Banken sowie kleine und mittlere Unternehmen (KMU) mit Darlehen und Eigenkapitalbeteiligungen. Bei letzterem investiert Oikocredit für eine begrenzte Zeit eigenes Kapital in ein Unternehmen, damit dieses bessere Wachstumsschancen hat. Wenn die Firma auf eigenen Beinen steht, wird das Geld wieder herausgenommen.

Die geförderten Projekte im Bereich Landwirtschaft machten vergangenes Jahr 157,3 Millionen Euro aus. Obwohl der Erneuerbare-Energien-Bereich mit 40 Millionen Euro noch relativ klein ist, sieht Verheijen darin das größte Wachstumspotenzial für Oikocredit. „Wir setzen uns auch für Gerechtigkeit und Umweltschutz ein. Nach wie vor haben weltweit rund 1,2 Milliarden Menschen keinen Zugang zu Strom – meist Familien mit geringem Einkommen in ländlichen Gebieten.“ Bezahlbare und saubere Energie sei eine wesentliche Säule für nachhaltige Entwicklung. Bis zum Jahr 2020 soll

der Bereich erneuerbare Energien 15 bis 20 Prozent des Gesamtportfolios der Genossenschaft ausmachen.

Dabei investiert Oikocredit sowohl in große Energieprojekte als auch in kleine Off-Grid-Lösungen. Ein Großprojekt ist beispielsweise das Valle-Solar-Photovoltaik-Kraftwerk Cohessa in Honduras. Oikocredit beteiligte sich 2016 mit elf Millionen Dollar an dem insgesamt 120 Millionen Dollar umfassenden Finanzierungspaket der International Finance Corporation (IFC). Die IFC ist eine internationale Entwicklungsbank und Teil der Weltbankgruppe.

Kleine Solarstromsysteme vermietet das Energieunternehmen BROXX an Haushalte in Kenia. Die Kunden können einen dreijährigen Mietkaufvertrag abschließen, den sie per Handy monatlich abzahlen. Oikocredit unterstützt BROXX durch den Ankauf von firmeneigenen Wertpapieren, wodurch BROXX schneller an das benötigte Kapital kommt. Laut Oikocredit profitieren in Kenia bereits etwa 7000 Menschen von diesem innovativen Finanzierungsmodell.

Verheijen erklärt, dass Oikocredit in Zukunft seinen regionalen Schwerpunkt auf Subsahara-Afrika legt, weil der Bedarf dort am größten sei. Das Portfolio in Afrika sei in den vergangenen drei Jahren um mehr als 100 Prozent gewachsen. Dennoch investiert Oikocredit von seiner Investitionssumme von einer Milliarde Euro „nur“ rund 189 Millionen Euro auf dem afrikanischen Kontinent. „Die Strukturen sind dort noch sehr schwach, und der Aufwand ist viel größer als beispielsweise in Lateinamerika, wo Mikrokredite eine längere Tradition haben“, erklärt Verheijen. Außerdem könne man in Afrika mit viel weniger Geld mehr erreichen als in anderen Regionen.

2016 hat Oikocredit für 801 Partner in 70 Ländern Kredite, Kapitalbeteiligungen sowie Beratung und Schulungen bereitgestellt. „Es waren unsere Anlegerinnen und Anleger, die diese Leistungen möglich gemacht haben“, sagt Verheijen. Die Zahl der Anleger ist im vergangenen Jahr auf 54000 gewachsen (2015: 51000). Fast die Hälfte von ihnen kommt aus Deutschland. Die Idee für Oikocredit wurde 1968 bei einem Treffen des Ökumenischen Rats der Kirchen geboren und die Genossenschaft wurde sieben Jahre später in den Niederlanden gegründet.



Das von Oikocredit geförderte Energieunternehmen BROXX vermietet Off-Grid-Solaranlagen an arme Haushalte in Kenia.

LINK

Oikocredit:

<https://www.oikocredit.de/>

Niemand steht über dem Gesetz

Vor kurzem hat der tansanische Präsident John Magufuli einen Distrikt-Vorsteher entlassen, einen hohen Beamten der Lokalregierung. Der Mann war wegen eines Verkehrsdeliktes und Bedrohung eines Polizeibeamten verhaftet worden. Er wurde angeklagt wegen Geschwindigkeitsübertretung auf dem Morogoro-Daressalam-Highway, Fahren ohne Führerschein und Versicherung, und weil er gedroht hatte, einen Polizisten zu erschießen. Er wurde auf Kautionsfreigabe, aber der Fall ist noch in der Schwebe.

Distrikt-Vorsteher werden direkt vom Präsidenten ernannt; sie sind wichtige Beamte. Aber das bedeutet nicht, dass sie über dem Gesetz stehen – nicht einmal über den Verkehrsregeln.

In einem ähnlichen Vorfall, der in der lokalen Presse ausführlich diskutiert wurde, war die Frau des tansanischen Außenministers wegen eines Verkehrsvergehens von der Verkehrspolizei angehalten worden. Sie fragte den Polizisten, ob er wisse, wer sie sei, und verlangte, sofort freigelassen zu werden. Als der Verkehrspolizist sich weigerte, bekam sie einen hysterischen Anfall.

Laut Misanya Bingi, Soziologe an der Universität von Daressalam, „denken viele Politiker und ihre Familien, dass aufgrund ihrer Position kleinere Vergehen bei ihnen nicht geahndet werden“. Bingi weist darauf hin, dass in einer korrupten Gesellschaft Polizisten oft die schwierige Wahl hätten,

„das Gesetz durchzusetzen oder ihren Job zu behalten“. Alle Polizisten kennen Kollegen, die gegen ein hohes Tier vorgingen und danach entweder einen Schreibtischjob bekamen oder in schwierige Gegenden des Landes versetzt wurden. Weitverbreitete Missachtung der Verkehrsregeln, meint Bingi, zeige, dass „Tansania eine Gesellschaft ist, die das Rechtsstaatsprinzip nicht respektiert“.

Mary Richard von der Tanzania Women Lawyers Association (TAWLA) sagt, dass die offene Missachtung der Gesetze ein Zeichen schlechter Regierungsführung sei: „Ich habe einmal einen Verkehrspolizisten gesehen, der selber das Gesetz brach. Wenn sie das schon machen, wie sollen andere Leute das verstehen?“ Sie meint, dass die Polizei auf die Verkehrsregeln hinweisen solle, damit alle Verkehrsteilnehmer sich sicher bewegen könnten.

Verkehrspolizist Mohammed Mpinga hat ebenfalls die Erfahrung gemacht, dass Verkehrssünden alltäglich sind. Doch er besteht darauf, dass niemand über dem Gesetz steht. Mpinga weist darauf hin, dass die Polizei nun eine Sechs-Monats-Strategie offensiv umsetze, die unter anderem darin besteht, Verkehrspolizisten zu überwachen.



KILASA MTAMBALIKE
ist Journalist und
Redakteur bei der
Zeitung Tanzania
Standard. Er lebt

in Daressalam, Tansania.
kmtambalike@yahoo.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
58. Jg. 2017
Die Zeitschrift erscheint auf Englisch
als D+C Development and Cooperation.
Internet: www.DandC.eu
D 12 104 ISSN 0721-2178

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
<http://www.engagement-global.de>

BEIRAT:
Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,
Prof. Dr. Dirk Messner, Petra Pinzler, Hugh Williamson

VERLAG:
Frankfurter Societäts-Medien GmbH
Geschäftsführer:
Oliver Rohloff

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:
Frankenallee 71-81
D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:
Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Sabine Balk,
Katja Dombrowski, Sheila Mysorekar, Eva-Maria Verfürth,
Dagmar Wolf (Assistenz)
Tel. (0 69) 75 01-43 66,
Fax (0 69) 75 01-48 55,
euz.editor@fs-medien.de
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die Frankfurter Societät GmbH.
Art direction: Sebastian Schöpsdau, Layout: Nina Hegemann
Übersetzung: Eleonore von Bothmer, Carola Torti

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:
Frankfurter Societäts-Medien GmbH,
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fs-medien@intime-media-services.de

DRUCK:
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4-6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Der auszugsweise oder vollständige Nachdruck der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und in D+C Development and Cooperation veröffentlichten Beiträge ist mit Quellenangaben gestattet. Wir bitten jedoch um Übersendung von jeweils zwei Belegexemplaren. Diese pauschale Genehmigung bezieht sich nicht auf die im Blatt verwendeten Fotografien.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.



SUNNITISCH-SCHIITISCHER-KONFLIKT

Saudi-Arabien zerstört den Jemen



Der Krieg im Jemen verursacht eine humanitäre Krise: Eine Mutter sitzt neben ihrem unterernährten Kind in einer Krankenstation in Sanaa.

Ende März 2015 begann Saudi-Arabien zusammen mit neun Alliierten eine Militäroffensive gegen seinen südlichen Nachbarn Jemen. Die Invasion hat seinen offiziellen Grund, den abgesetzten jemenitischen Präsidenten Abed Rabbo Mansur Hadi wieder an die Macht zu bringen, nicht erfüllt. Stattdessen hat es das ärmste arabische Land an den Rand einer Hungersnot getrieben.

Von Maysam Behravesch

Am zweiten Jahrestag des Kriegsbeginns gingen zehntausende Menschen auf die Straßen von Sanaa. Sie protestierten gegen die Saudigeführte Militäroffensive und forderten ein Ende des Bürgerkriegs, der bereits mehr als 10 000 Tote und 40 000 Verletzte forderte. Heute benötigen laut UN rund 10 Millionen Menschen (80 % der Bevölkerung) dringend humanitäre Hilfe. Geschätzte 2 Millionen Kinder sind dem Hungertod nahe.

Die vom Iran unterstützten Huthi-Rebellen, die die von Saudi-Arabien geführte Intervention vertreiben will, kontrollieren immer noch die westlichen Landesteile, einschließlich der Hauptstadt Sanaa. Der Konflikt scheint einen Stillstand erreicht zu haben und ist ein Zermürbungskrieg geworden. Die politischen, humanitären und finanziellen Kosten steigen. Berichte schätzen, dass Riad allein 2015 rund 5,3 Milliarden Dollar dafür ausgegeben hat. Reuters zufolge sollen allein die Luftangriffe Saudi-

Arabien geschätzte 175 Millionen Dollar pro Monat kosten.

Es ist die Frage, warum Riad vor diesem Hintergrund unvermindert an der Militäroffensive im Jemen festhält. Grundsätzlich ist es ein emotionaler Krieg, den das Königreich im Affekt aus Frust über seinen regionalen Abstieg führt, während der Erzrivale Iran eine aufsteigende Macht ist und an Einfluss gewinnt. Die Militäroperation begann im Zuge der multilateralen Atomverhandlungen zwischen dem Iran und den Weltmächten während der zweiten Amtszeit des ehemaligen US-Präsidenten Barack Obama. Die Saudis beschuldigten die USA, sie zugunsten einer Annäherung an den wiedererstarkenden Iran fallenzulassen.

Auch wenn die Huthis eine potenzielle Gefahr für die nationale Sicherheit Saudi-Arabiens darstellen, haben sie Riad weder den Krieg erklärt, noch gibt es irgendeinen Hinweis darauf, dass sie den jemenitischen Bürgerkrieg nach Saudi-Arabien tragen wollen. Die saudische Intervention ist also kein Akt von Selbstverteidigung. Sie dient lediglich dazu, Stärke zu demonstrieren, und zeigt Wut und Frustration mit der aktuellen Lage im Nahen Osten. Es ist sehr zynisch, dass die Saudis laut Augenzeugen absichtlich auch zivile Ziele wie Fabriken und sogar Beerdigungen und Krankenhäuser bombardieren. Riad folgt nicht dem Beispiel Israels, Bedrohungen aus dem Gazastreifen durch Land- und Seeblockaden in Schach zu halten.

Außerdem sollte die Invasion Jemens den saudischen Nationalismus und die Popularität des Königshauses Saud stärken, das durch die großen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme im Land angekratzt ist. Das Haushaltsbudget des Königreichs verzeichnete 2015 ein Defizit von 38,7 Milliarden Dollar, und der Staat war gezwungen, 13 Prozent seiner Beteiligungen von insgesamt 9,2 Milliarden Dollar an europäischen Firmen zu verkaufen. Zugleich verordnete er sich eine Sparpolitik im öffentlichen Sektor.

Auf nationaler Ebene hat die Intervention Saudi-Arabiens geholfen, seine Führungsstellung in der arabischen Welt zu stärken, vor allen in Ländern mit sunnitischer Mehrheit. In Ländern mit einem großen Anteil von Schiiten wie Syrien, Irak und Jemen will die saudische Regierung den Einfluss vom Iran begrenzen. Die Erfolge der Huthi im Jemen haben die Wahrnehmung Riads von seiner Stellung in der Welt angegriffen und eine „ontologische Unsicherheit“ und Angst vor Identitäts- und Statusverlust hervorgerufen.

Der Saudi-geführte Krieg im Jemen scheint dazu zu dienen, die Aufmerksamkeit auf die Expansionspolitik des Erzrivalen Iran zu lenken. Saudische Diplomaten haben rund um die Welt große Anstrengungen unternommen, zu zeigen, dass Teheran und seine nichtstaatlichen Alliierten weiterhin eine Quelle internationaler Unsicherheit und Instabilität sind und deshalb in ihre Schranken verwiesen werden müssen. In gewissem Maß fühlt sich das saudische Regime durch den aktuellen US-Luftangriff auf Syrien bestätigt und durch den neuen Kurs der Trump-Administration, dass es keinen Frieden mit einem schiitisch-unterstützten Präsidenten Baschar al-Assad geben kann.

Mit diesem Wissen im Hinterkopf hängt ein Ende des Krieges und die Lösung der Jemenkrise zu einem Großteil von einer Entspannung der saudisch-iranischen Beziehungen ab. Eine Politik der Anerkennung der saudischen Regionalstellung könnte den Weg dafür ebnen.



MAYSAM BEHRAVESH
ist Doktorand der
Politikwissenschaft an der
Universität von Lund,
Schweden, und berichtet

regelmäßig in Farsi-sprachigen Medien einschließlich BBC Persian.
maysam.behravesch@gmail.com

FÖRDERUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT

Demokratie erfahrbar machen

Zivilgesellschaftliche Gruppen stehen weltweit zunehmend unter Druck, oftmals wird auch ihre Finanzierung durch ausländische Geber beschränkt. Für diese „Shrinking Spaces“ sind neue flexible Lösungen notwendig. Dazu müssen auch neue Förderansätze entwickelt werden.

Von Meike Geppert

Viele Länder schränken demokratische Spielräume für zivilgesellschaftliches Handeln ein. Laut dem internationalen Netzwerk Civicus lebten 2016 sechs von sieben Menschen in Ländern, in denen Bürger, Aktivisten und Organisationen in ihren Menschenrechten beschnitten werden, vor allem in Bezug auf Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit.

Kritische Entwicklungs- und Menschenrechtsorganisationen werden in ihrer

sellschaftliche Aktivitäten. Ein Ansatz, diesem Trend entgegenzuwirken, besteht in gezielter Lobbyarbeit bei deutschen und europäischen Institutionen. Andere Unterstützungsmaßnahmen zielen direkt auf das Umfeld von Armut und Ausgrenzung betroffener Menschen ab. Sie finden außerhalb der großen internationalen Bühne statt. Hier geht es darum, lokale Mitbestimmungsräume aufzubauen und Kompetenzen zivilgesellschaftlicher Akteure zu stärken, diese Räume zu nutzen.

Auch in Shrinking Spaces steht gemeinwohlorientierte Arbeit zivilgesellschaftlicher Gruppen selten in der Kritik. Daher kann diese Art von Engagement auch von außen gefördert werden. Das kirchliche Hilfswerk Brot für die Welt und viele andere Organisationen unterstützen lokale Akteure etwa bei der Versorgung von Kranken, von Menschen mit Behinderungen und von al-

der Kooperation mit Kirchen eine besondere Bedeutung zu. Denn diese haben durch ihre Gemeindearbeit ein weitverzweigtes Netz und graswurzelorientierte Strukturen, die man nutzen kann, um an der Basis zu wirken. Mit ihrer Hilfe ist es möglich, Menschen selbst in entlegenen Ecken und unter dem Radar der Regierung mit politisch sensiblen Themen vertraut zu machen (siehe hierzu auch Beitrag S. 4).

Über die Arbeit zu unstrittigen Themen zum Beispiel im Gesundheits- oder Bildungsbereich können sich Allianzen bilden. Diese stellen ein Übungsfeld für Netzwerkbildung und Selbstorganisation dar. So wird Demokratie im Alltag erfahrbar. Eher unpolitische zivilgesellschaftliche Arbeit trägt auch dazu bei, Vertrauen zur lokalen Bevölkerung aufzubauen, die unter restriktiven Bedingungen oft verunsichert ist. Vertrauen ist eine wichtige Voraussetzung, um über Mitbestimmungsrechte und -möglichkeiten zu informieren und das Rechtsverständnis zu erweitern.

Geraten zivilgesellschaftliche Organisationen unter Druck, sollte ihnen durch institutionelle Förderung beim „Überwintern“ geholfen werden. Hilfreich ist dann weiterhin Unterstützung von außen, die zulässt, sich in neuen Strukturen zu formieren, die Arbeit anders zu benennen oder Unterstützerguppen im Exil als stille Mittler zu ausländischen Förderern einzusetzen.

Um Diffamierungskampagnen entgegenzuwirken, benötigen unter Druck geratene zivilgesellschaftliche Gruppen aber vor allem Unterstützung bei der Organisationsentwicklung. Damit stärken sie ihre innere Verfasstheit. Das ist auch wichtig, weil Intransparenz und Missmanagement innerhalb von Organisationen Regierungen häufig als Vorwand dienen, diese zu schließen. Zivilgesellschaftliche Akteure, die Angemessenheit, Qualität und Verlässlichkeit ihrer Organisationsstrukturen und Managementsysteme gewährleisten und das auch nach außen kommunizieren, sind gegen Schmutzkampagnen gewappnet. Sie erfahren öffentliche Wertschätzung und Unterstützung. Das ist ihr wichtigster Schutz.



Mitglieder kommunaler Selbsthilfegruppen in der Region des Ayeyarwaddy-Deltas in Myanmar versammeln sich in ihrer Kirche, um zu beraten, wie sie ihr Einkommen durch gemeinsame Schweinehaltung erhöhen können.

Arbeit behindert, verfolgt oder kriminalisiert. Neue Gesetzesinitiativen beschränken die Versammlungsfreiheit, und NGOs wird die internationale finanzielle Unterstützung untersagt. Zudem behindern zunehmend unverhältnismäßig komplizierte und undurchsichtige Verwaltungsprozesse oder willkürliche Verordnungen zivilge-

ten Menschen sowie im Bildungsbereich in Kindergärten und Schulen.

Um wenigstens kleine Spielräume für Mitbestimmung zu nutzen – und diese nach Möglichkeit vorsichtig zu erweitern –, ist es sinnvoll, mit Selbsthilfegruppen auf der lokalen Ebene partizipative Praktiken einzüben. In diesem Zusammenhang kommt



MEIKE GEPPERT
ist Beraterin Förderung
der Zivilgesellschaft
bei Brot für die Welt.
[meike.geppert@
brot-fuer-die-welt.de](mailto:meike.geppert@brot-fuer-die-welt.de)

Erste Lichtblicke



In der Spinnerei der DBL Group in Bangladesch ist es blitzblank sauer.

Seit dem Unglück in der Textilfabrik Rana Plaza im April 2013 ist das Schicksal der Arbeitnehmer in Bangladesch ins öffentliche Licht gerückt. Der internationale Druck zwingt Politik und Wirtschaft, tätig zu werden. Auch wenn die Bedingungen in vielen informellen Fabriken in Bangladesch immer noch miserabel sind, gibt es Unternehmer, die die Arbeitsbedingungen ihrer Mitarbeiter verbessern wollen. E+Z/D+C-Redakteurin Sabine Balk hatte die Gelegenheit, drei Vorzeigebetriebe in und um Bangladeschs Hauptstadt Dhaka zu besichtigen.

Von Sabine Balk

„Ich will, dass es unseren Arbeitnehmern gutgeht. Das ist einfach eine soziale Verpflichtung, die wir als Unternehmer haben“, sagt Muhammad Abdul Jabbar, während er durch das weitläufige Spinnereigebäude führt. Er ist Geschäftsführer der DBL Group, die auch Betriebsstätten in Sabhar hat, einem Vorort von Dhaka, wo vor vier Jahren 1127 Menschen den Tod in den Trümmern der eingestürzten Textilfabrik Rana Plaza fanden und über 2000 zum Teil schwer verletzt wurden. Pfusch am Bau, fehlender Feuerschutz, nicht vorhandene Notausgänge,

miserable Arbeitsbedingungen, Schuften im Akkord – dafür ist Bangladeschs Textilindustrie in den vergangenen Jahren international bekannt geworden.

Dass es in Bangladesch auch anders geht, beweist die DBL Group. Sie hat fast 25000 Angestellte, davon 45 Prozent Frauen, und machte im Finanzjahr 2015/2016 einen Umsatz von umgerechnet 365 Millionen US-Dollar. Das Unternehmen hat nicht nur eine eigene Näherei, sondern spinn, strickt, bedruckt und färbt Textilien auch selbst. Die Hauptkunden sind deutsche und internationale Unternehmen wie Lidl, H&M, Esprit, Puma, Tom Tailor, Walmart oder die Jeansmarke G-Star. Dabei fällt wie bei allen Textilfabriken auf, dass sie sowohl für Billiganbieter wie Lidl und H&M als auch für höherwertige, teurere Marken wie Puma oder Esprit gleichermaßen fertigen. Die DBL Group nennt selbst als Firmenziel „den Ruf der Bekleidungs- und Textilindustrie in Bangladesch hochzuhalten“.

Auch wer keine gewöhnlichen Textilfabriken gesehen hat, kann erkennen, dass es sich bei DBL um einen Vorzeigebetrieb handelt. Während sich auf und neben den engen, ungeteerten Zufahrtsstraßen wie überall in Dhaka der Unrat und Müll sammelt, ist es in

den DBL-Betriebsstätten picobello. Vor der Firmenzentrale wächst grüner Rasen, und es gibt Blumenbeete. Außerdem findet sich ein Schild mit der Aufschrift „think green“. Grün ist sonst in Dhaka eher selten zu sehen: Die großen Palmblätter lassen alles hängen und sind wie alle anderen Pflanzen beige-grau gefärbt von Staub und Smog. Ganz anders in den Betriebsstätten der DBL. Die Böden in Spinnerei und Färberei sind blank geputzt, es liegt kein Fitzel herum. In der Färberei ist nichts zu riechen, was laut Kennern etwas Besonderes ist. Normalerweise stinkt es nach den verwendeten Chemikalien. Die Fabrik filtert und klärt Abwässer in einer eigenen Aufbereitungsanlage. Beim Mittagessen, das firmeneigenes Personal für das Management kocht, gibt es Fisch aus dem eigenen Teich. Die DBL Group hat Fischteiche und Gewächshäuser, in denen Gemüse angebaut wird. Sogar eigene Milchkühe werden gehalten. Auch für die Mitarbeiter tut das Management viel. Es gibt einen firmeneigenen, kostenlosen Kindergarten, der bereits Babys aufnimmt. Diese liegen, beaufsichtigt von mehreren Frauen, schlafend in Bambuswiegen. Die Kleinkinder, die nicht schlafen, laufen in einem großen Raum mit Spielsachen herum und freuen sich über den unerwarteten Besuch. In dem Kindergarten befindet sich auch ein Stillraum für die Arbeiterinnen, die ihren Babys in den Pausen ungestört die Brust geben wollen.

Die DBL bietet ihren Arbeitnehmern auf dem Firmengelände außerdem eine eigene Krankenstation mit Arzt und eine Beratungsstelle für Familienplanung. Diese Angebote werden gern genutzt. In die Beratungsstelle kommen Frauen und Paare, etwa 15 am Tag, erklärt die Krankenschwester Nasrin Sultana, die hier gerade Dienst tut. Sie sitzt in einem kleinen Kämmerchen mit Liege, Infobroschüren und einem Verhütungskoffer. Dort werden Verhütungsmethoden vom Kondom bis zur Pille gezeigt und erklärt. Sultana untersucht und berät Frauen und Männer über Verhütung und Familienplanung und gibt die Verhütungsmittel auch aus. Die meisten Fabrikarbeiterinnen wollen nicht mehr als ein, zwei

Kinder, damit sie weiter im Arbeitsleben bleiben und die Familie ernähren können. „Am beliebtesten ist die Drei-Monats-Spritze als Verhütung“, erklärt Sultana. Der Arztbesuch und die Beratung sind für Belegschaftsmitglieder gratis.

Auch sehr beliebt ist laut Management der firmeneigene Laden, in dem ausländische Produkte wie Hygieneartikel, Schokolade oder Cerealien günstig erhältlich sind.

zent über dem mageren Mindestlohn von umgerechnet rund 70 Dollar pro Monat. Kritiker meinen, ein existenzsichernder Lohn müsste bei mindestens 180 Euro liegen (siehe e-Paper 2017/4, S. 4). DBL-Manager Jabbar sagt, die Firma lasse Angestellten Vorteile über die genannten Initiativen und das soziale Engagement zukommen. Steigende Löhne würden sofort zu höheren Mieten führen, also die örtliche Inflation anheizen.

Städten ebenso wie in den Agrarregionen. Dadurch kann die Fahrt von der 15-Millionen-Metropole Dhaka ins 300 Kilometer entfernte Chittagong schon einmal 12 Stunden dauern.

Zaber & Zubair gehört zur Noman Gruppe, die 32 Fabriken betreibt und rund 60000 Frauen und Männer beschäftigt. In der 1994 gegründeten Fabrik werden vor allem Heimtextilien hergestellt, unter andere für Ikea, Aldi, H&M, C&A, Lidl und Walmart. Es ist dann auch sehr erheiternd, Ikea-Stoffe auf den Bändern laufen zu sehen und zu wissen, welche Bettwäsche es in der kommenden Saison bei uns zu kaufen gibt. Eine ist rosa und mit den Komikfiguren Minions bedruckt. Die ist wohl für die Kinderzimmer bestimmt.

Besonders stolz zeigt man sich bei Z&Z über die Errungenschaften in Bezug auf Umweltschutz und Nachhaltigkeit. In Partnerschaft mit der GIZ betreibt Z&Z eine große biologische Kläranlage und eine Solarstromanlage. Die Klärbecken befinden sich auf den Dächern. Das Wasser wird in der Produktion wiederverwendet. Neben der Fabrik fließt ein trüber Fluss entlang, an dessen Ufer sich Müll und Unrat häufen.

Die 30-jährige Parvin arbeitet seit drei Jahren als Näherin bei Z&Z. Sie hat vorher in einer anderen Fabrik gearbeitet. „Ich arbeite lieber hier, weil ich einen Tag in der Woche frei und mehr Urlaub als vorher habe“, sagt sie. Sie hat zwei Kinder, die tagsüber zur Schule gehen. Sie verdient 4000 Taka pro Monat, sagt sie. Das sind umgerechnet 46 Euro – das scheint weniger als der Mindestlohn von 70 Euro. Aber die Angaben über seine Höhe schwanken ohnehin, eine einheitliche Aussage darüber bekommt man nicht. Parvins Mann arbeitet auch bei Z&Z, an den Bügeleisen, er verdient mehr, erklärt sie. Das sei schwerere Arbeit als Nähen, so die Begründung.



Die 30-jährige Parvin arbeitet seit drei Jahren bei Zaber & Zubair und verdient umgerechnet 46 Euro im Monat.

Vor allem Damenbinden sind subventioniert zu kaufen. Frauen schätzen sie, weil sie sonst alte oder chemisch behandelte Stoffreste als Binden verwenden oder gar nicht arbeiten gehen, wenn sie ihre Periode haben.

„Uns liegen die SDGs am Herzen, allen voran Ziel 1, die Armut zu beseitigen“, erklärt Jabbar. Dafür haben sie eine Menge Partner ins Boot geholt, darunter Unicef und Care sowie die GIZ und die Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG), die KfW-Tochter, die Privatinvestitionen in Entwicklungsländern fördert. In einem 100-seitigen Sustainability Report listet das Unternehmen zahlreiche Initiativen auf – von „Breastfeeding in the Workplace“ über das „Female Supervisors Leadership Program“ bis hin zum „Community Knowledge Exchange Program“. Die DBL unterstützt zudem Bildungs- und Wirtschaftsinitiativen in der Nachbarschaft.

Die Bezahlung der Arbeiter und Arbeiterinnen der DBL liegt nur etwa zehn Pro-

Alle genannten sozialen und Nachhaltigkeitsmaßnahmen kosten zweifelsohne Geld. Der Kostendruck ist wegen harter Konkurrenz hoch. Die DBL Group wolle ihre Kosten durch Effizienz niedrig halten, erklären die Manager und arbeiten zudem an einer Niederlassung in Afrika, wo die Lohnkosten noch niedriger sind als in Bangladesch. Im Sommer soll eine Textilfabrik in Äthiopien mit 5000 Mitarbeitern starten. Mitarbeiter aus Bangladesch sollen ihr Wissen weitergeben. Für die Arbeiter in Äthiopien ist die Fabrik vermutlich ein Segen, in Bangladesch gehen hingegen Arbeitsplätze verloren.

Nicht ganz so weitläufig und idyllisch liegt ein Firmengelände von Zaber & Zubair (Z&Z) inmitten eines urbanen Gebiets von Dhaka. Hier arbeiten 1400 Menschen. Die Zufahrt führt abermals durch enge Gassen, über die täglich tonnenweise Textilien für den Export zum Hafen nach Chittagong gebracht werden. Die Straßen des dichtbesiedelten Landes sind überlastet – in den



SABINE BALK
ist Redakteurin von
**E+Z Entwicklung und
Zusammenarbeit /
D+C Development and**

Cooperation.
euz.editor@fs-medien.de

LINK
DBL Group: Sustainability Report 2016.
<http://www.dbl-group.com/sustainability/DBL-Sustainability-Report-2016.pdf>

ÖKOLOGIE

Ungenügend nachhaltig



Hochwasser in Jakarta.

Der Fischkonsum steigt weltweit rasant. Für die traditionelle Kleinfischerei in Entwicklungsländern ist das aber nicht unbedingt eine gute Nachricht, zumal sie auch mit Umweltproblemen ringt. Die FAO hat Bestand aufgenommen. Derweil wachsen die Balungräume schnell. Auch sie sind dem Klimawandel ausgesetzt. Das gilt besonders, wenn sie am Meer liegen.

Von Lea Diehl und Hans Dembowski

Der weltweite Fischkonsum ist in den letzten Jahren rapide gestiegen – vor allem in Entwicklungsländern. Dort nahm der Pro-Kopf-Verbrauch laut UN Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (Food and Agriculture Organization – FAO, 2016) von gut fünf Kilogramm 1961 auf fast 19 Kilogramm 2013 zu, während die Bevölkerung rapide wuchs. In Industrieländern lag der Pro-Kopf-Verbrauch 2013 bei fast 27 Kilogramm.

Die FAO-Autoren sehen in Fischerei und Aquakultur Möglichkeiten, um die

weltweite Ernährungslage zu verbessern. Fischprodukte sorgten für Nahrungsvielfalt und Nährstoffreichtum. In vielen armen Ländern seien sie die Grundlage der Proteinversorgung.

Fischerei und Aquakultur beschäftigten zudem den FAO-Daten zufolge 2014 fast 60 Millionen Menschen weltweit. In Entwicklungsländern sichere insbesondere die Kleinfischerei Einkommen. Die Kleinfischerei sei jedoch mit Risiken verbunden. Obendrein seien viele Fischer in Entwicklungsländern von Zwischenhändlern abhängig, so dass sie mit harter und gefährlicher Arbeit nur wenig verdienen. Die FAO rät zu kollektivem Handeln, wie etwa der Gründung von Genossenschaften, um den Marktzugang und die technische Ausstattung zu verbessern.

Auch wegen der wachsenden Bedeutung des Welthandels steht laut FAO-Einschätzung die Kleinfischerei unter Druck. Der größte Fischexporteur sei mittlerweile China – gefolgt von Norwegen und Vietnam.

Sorge bereitet, dass die Fischbestände in vielen Gegenden abnehmen. Die produktivste Meeresregion für Fischfang ist dem FAO-Bericht zufolge weiterhin der Nordwestpazifik, gefolgt von dem westlichen Zentralpazifik, dem nordöstlichen Atlantik und dem östlichen Indischen Ozean. Im Vergleich zu anderen produktiven Meeresregionen seien die Erträge im Nordostatlantik in den vergangenen Jahren jedoch massiv gesunken.

Die Autoren verweisen auf fehlende Nachhaltigkeit bei der Steuerung und Überwachung von Fischbeständen. Unkontrollierter Fischfang führe in vielen Gebieten zu Überfischung. Dazu trage auch illegale Fischerei bei. Gesetze müssen durchgesetzt werden. Zudem könne die kontrollierte Aufzucht von Wasserorganismen dazu beitragen, Fischbestände zu stabilisieren und Fischerei langfristig möglich zu machen.

Für die weltweite Ernährungssicherung sei zudem Aquakultur wichtig, die 2004 bereits 39 Prozent des menschlichen Fischbedarfs gedeckt habe. Die FAO-Autoren mahnen, regionale und internationale Kooperation seien erforderlich, um sowohl Fischfang als auch Aquakultur nachhaltig zu gestalten. Klimawandel und Umweltverschmutzung verschärften die Probleme.

Die FAO lobt, dass über 170 Staaten ihrem 1995 beschlossenen Verhaltenskodex für verantwortungsvolle Fischerei („Code of Conduct for Responsible Fisheries“) zugestimmt haben. Die FAO bietet bei der Implementierung Unterstützung an.

URBANE SORGEN

Handlungsbedarf gibt es auch in Küstenstädten. Jakarta beispielsweise hat große Probleme. In der Hauptstadtregion Indonesiens lebten 2010 etwa 10 Millionen Menschen – Tendenz steigend. Hier gibt es zwei Gründe für Hochwasser: Vom Meer kommen Sturmfluten, und die Flüsse treten, wenn es stark regnet, über ihre Ufer. Beides kann auch gleichzeitig geschehen. Weil das urbane Kanalsystem überaltert und mit Müll verstopft ist, versagt es gerade dann, wenn es am dringendsten gebraucht wird. Erschwerend kommt hinzu, dass Teile der Megastadt unterhalb des Meeresspiegels liegen. Weil viel Grundwasser abgepumpt wird und das Land entsprechend absackt, betrifft das sogar eine wachsende Anzahl von Vierteln.

Obendrein wurden die Mangroven größtenteils abgeholzt, die zum Küsten-

schutz also nicht mehr beitragen können. Ein nahe gelegenes Korallenriff wurde auch zerstört. Andererseits drängen immer mehr Menschen in die Stadt, und die Bevölkerungsdichte ist in den informellen Elends-siedlungen am größten. Es ist natürlich kein Zufall, dass diese Siedlungen häufig dort sind, wo Überschwemmungen wahrscheinlich sind.

Das Szenario Jakartas wird in einer kurzen Fallstudie in einem Buch skizziert, das Mark Pelling und Sophie Blackburn (2013) herausgegeben haben. Jakartas Probleme gehören zu denen, die für Megastädte an Küsten typisch sind. In welcher Kombination die Risiken auftreten, ist freilich in jedem Fall anders. In Rio de Janeiro sind beispielsweise viele steile Hänge dicht besiedelt, so dass verheerende Erdbeben vorkommen, die es in solchem Ausmaß in Mumbai nicht geben kann. Die indische Metropole wurde auf flachliegenden Inseln und aufgeschüttetem Land gebaut.

Der Treibhauseffekt bedroht die Küstenstädte – aber sie tragen auch zu dem

Phänomen bei. Sie sind Verkehrsknotenpunkte und Industriestandorte. Die Emissionen von Fahrzeugen, Kraftwerken und Fabriken tragen zum Klimawandel und zur Luftverschmutzung bei. Wasserverschmutzung ist ebenfalls problematisch und belastet marine Ökosysteme.

Megastädte sind hochkomplexe Systeme. Es ist schwer, sie zu planen und zu verwalten. Die Qualität der Städte wird aber das Leben künftiger Generationen prägen (siehe Interview mit Dirk Messner in E+Z/D+C e-Paper 2016/10, S. 29). Grundsätzlich lässt sich sagen, dass die Probleme umso größer sind, je schneller eine Stadt wächst.

Das Buch von Pelling und Blackburn stützt sich auf international koordinierte Forschung. Es stützt sich auf Beiträge von mehreren Dutzend Wissenschaftlern aus vielen Ländern. Das Ziel war, die Umweltprobleme großer Küstenstädte zu verstehen, und das Buch liefert auch relevante Informationen. Es ist aber nicht leicht lesbar. Ein gründlicheres Lektorat wäre nötig gewesen, um eine breitere Öffentlichkeit

anzusprechen. Manchmal wirkt es, als sollte die Komplexität der Syntax die Komplexität von Megastädten und Ökosystemen widerspiegeln.



LEA DIEHL
ist freie Autorin.
lea.diehl@posteo.de



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur von E+Z
Entwicklung und Zusammen-
arbeit /D+C Development
and Cooperation.
euz.editor@fs-medien.de

QUELLEN

FAO, 2016: The state of world fisheries and aquaculture.

<http://www.fao.org/3/a-i5555e.pdf>

Pelling, M., und Blackburn, S. (Hg.), 2013: Megacities and the coast, London und New York: Routledge



Besuchen Sie unsere Website unter www.EundZ.eu





Globale Agenda

Die Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) sind stimmig. Sie umfassen, was für die Zukunft der Menschheit entscheidend ist. Die Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals – MDGs) waren ein guter Start, es ist aber mehr nötig, um Dinge wie Ernährungssicherheit, Müttergesundheit und Bildung sicherzustellen. Die SDGs gehen aber über die MDGs hinaus, weil sie auch Themen wie Frieden, Gerechtigkeit und verantwortungsvollen Konsum betreffen. Die G20, die Gruppe der führenden 20 Volkswirtschaften, muss diese universelle Agenda voranbringen.

Damit Volkswirtschaften ergrünen

Nur fünf Prozent der weltweiten Investitionen in erneuerbare Energien wurden 2016 in Afrika getätigt. Das reicht nicht. Der Privatsektor muss den Wandel zur Nachhaltigkeit vorantreiben. Internationale Kooperation ist auch nötig. Die G20 darf Afrika nicht im Stich lassen.

Von Chinedu Moghalu

Die Wahl Donald Trumps hat die internationale Gemeinschaft geschockt. Der neue Präsident der USA gilt als Leugner des Klimawandels und hat versprochen, Amerika immer Vorrang zu geben. Dennoch gibt es die zaghafte Hoffnung, dass er die globale Agenda nicht auf den Kopf stellen wird. In den ersten 100 Tagen seiner Amtszeit hat er sich allerdings an seinen Wahlversprechen orientiert, unter anderem, indem er Kohleförderung unterstützt. Es ist aber noch zu früh, um zu beurteilen, ob Investoren tatsächlich neue Bergwerke mit neuen Arbeitsplätzen schaffen werden.

Beobachter hoffen, Kabinettsmitglieder könnten Trumps Einschätzung der UN-Rahmenkonvention zum Klimawandel und anderer multilateraler Abkommen positiv beeinflussen. Entscheidungsträger weltweit wissen, dass sich globale Abkommen nicht einfach kündigen lassen.

GLOBALE AGENDA

Derweil wird international an Strategien zur Eindämmung des Klimawandels und zur Anpassung an ihn gearbeitet. Ähnliches Engagement ist nötig, um die Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) zu erreichen. Internationale Zusammenarbeit wird immer wichtiger, denn die Weltbevölkerung wächst, und erhebliche Anstrengungen sind nötig, damit alle Menschen in Würde leben können, ohne die Ressourcen des Planeten überzustrapazieren.

Am wichtigsten ist die Begrenzung des Klimawandels. Sollte die globale Erwärmung mehr als zwei Grad betragen, werden die Folgen unkontrollierbar werden und Fortschritte auf anderen Feldern



Zu geringe Investitionen bremsen den Fortschritt in Afrika: Stand auf einer Solartechnik-Messe in Dar es Salaam 2006.

zunichtemachen. Es war vielversprechend, dass so viele Länder das Pariser Abkommen zügig unterschrieben haben, dass es schon vor dem Jahrestag des Verhandlungsendes in Kraft trat. Jetzt geht es also um konkretes Handeln, und einige Pläne greifen bereits.

2015 wurden weltweit 286 Milliarden Dollar in erneuerbare Energien investiert. Damit wurde die bisherige Rekordsumme aus dem Jahr 2011 um drei Prozent übertroffen (Frankfurt School, UNEP and Bloomberg, 2016). 2016 wurde weltweit zudem nur halb so viel

Geld in Kohle- und Gaskraftwerke investiert wie in erneuerbare Energien.

Das Tempo des Wandels variiert jedoch von Land zu Land. 55 Prozent der einschlägigen Investitionen weltweit entfielen voriges Jahr auf China. Afrikas Anteil betrug nicht einmal fünf Prozent.

Fest steht, dass Länder mit niedrigen Einkommen ohne internationale Unterstützung nicht Schritt halten können. Leider scheinen aber die hochentwickelten Länder von ihren Versprechen, in Entwicklungsländern sowohl Klimaschutz als auch Anpassung zu finanzieren, abzurücken. Es gibt handfeste Gründe, daran zu zweifeln, dass sie tatsächlich von 2020 an jährlich, wie angekündigt, 100 Milliarden Dollar für diese Aufgaben bereitstellen werden:

- Seit der globalen Finanzkrise von 2007/2008 leiden praktisch alle hochentwickelten Länder an schwachem Wachstum.
- Die Wirtschaftslaute nährt nationalistische Stimmungen in Europa und den USA.
- Die Entwicklungsländer sind keine monolithische Gruppe mehr. Einige haben große ökonomische und fiskalische Fortschritte gemacht, sodass Bürger in Geberländern Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA) für nicht mehr angebracht halten, obwohl weniger erfolgreiche Länder weiterhin auf ODA angewiesen sind.

ES KOMMT AUF DIE WIRTSCHAFT AN

Beim Übergang zu nachhaltigen Wirtschaftsweisen darf Afrika nicht zurückgelassen werden. Sonst wird der Kontinent noch größere Probleme bekommen, als er ohnehin schon hat. Es entspricht dem Eigeninteresse des afrikanischen Privatsektors, Kapital klimarelevant zu investieren. Der Wandel zur Nachhaltigkeit kann auch nur auf der Basis von Unternehmensentscheidungen gelingen.

In Afrika kommt es besonders auf Stromerzeugung und Landwirtschaft an. Diese Sektoren sind weniger stark entwickelt als städtische Dienstleistungsbranchen. Es ist gut, dass mehrere Länder – darunter auch Nigeria – Reformen durchgeführt haben, die staatliche Regulierungen reduziert haben und dazu dienen, Privatkapital zu mobilisieren. Nebenbei bemerkt dienen Privatinvestitionen in Landwirtschaft und Stromerzeugung auch der Erreichung diverser SDGs – etwa der Beendigung des Hungers.

Im Energiesektor können Unternehmen von diversen Reformen profitieren. Die

zentrale Kontrolle der Stromnetze wurde gelockert, sodass Investitionen und netzunabhängige Versorgung erleichtert wurden. Es gibt auch Chancen für Public-private-Partnerships. Sonnenschein und Wind kommen in Afrika reichlich vor, was erneuerbare Stromversorgung begünstigt. Sie muss im großen Stil verwirklicht werden, damit SDG 7 – zeitgemäße Energieversorgung für alle – erreicht wird.

Reformen haben auch in der Landwirtschaft neue Perspektiven eröffnet. Obendrein muss die Branche klimafest gemacht werden, damit der Hunger, wie in SDG 1 versprochen, besiegt werden kann. Private Investitionen sind entlang der gesamten Wertschöpfungskette nötig. Afrika leidet an Wissenslücken, die Kleinbauern nicht füllen können – und die selbst nationale Regierungen überfordern. Gut informierte Investoren können Abhilfe schaffen.

Symbolisches Handeln jedoch reicht nicht. Ohne angemessene klimapolitische Maßnahmen werden Afrikas Bauern 40 bis 80 Prozent des Ackerbodens für den Getreideanbau verlieren. Wenn der Schwund der Artenvielfalt nicht verhindert wird (SDG 9) und Ökosystem-Dienstleistungen nicht bewahrt werden, wird sich auch die Nahrungssicherheit der Stadtbevölkerung nicht gewährleisten lassen.

Die große Frage ist, wie die Ressourcen der Privatwirtschaft mobilisiert werden können. Selbstverständlich sind afrikanische Finanzinstitutionen dazu geeignet. Sie sind aber erfahrungsgemäß recht risikoscheu und haben kaum marktwirtschaftliche Instrumente, um Risiken breit zu verteilen. Das ist der Grund, weshalb nie so viel in die Landwirtschaft investiert wurde, wie nötig war. Leider ist auch die makroökonomische Lage schwierig. Die Zinsen steigen und liegen immer mehr über dem Niveau, das für Kleinbauern und mittelständische Unternehmen erschwinglich ist.

Um Privatkapital zu entfesseln, muss also sowohl auf Angebots- als auch auf Nachfrageseite etwas geschehen. Nötig ist auch ein Rahmen, um Wissen und Erfahrung kontinentweit zu teilen. Zum Glück gibt es bereits Netzwerke, die Ressourcen poolen, Risikoeindämmung ermöglichen und Wissen weitergeben. Sie müssen jedoch besser koordiniert werden.

In diesem Zusammenhang ist die African Risk Capacity (ARC) eine ausgesprochen vielversprechende supranationale

Initiative. Sie entstand 2012 als von Gebern unterstützte Einrichtung der Afrikanischen Union. Im Kern ist sie eine Versicherung, die Kosten von Klimakatastrophen abfedert und Klima-Resilienz fördert (siehe hierzu auch E+Z/D+C e-Paper 2016/12, S. 20).

Ihrem Auftrag entsprechend, will die ARC eine Extreme Climate Facility (XCF) schaffen, die Anleihen ausgeben wird. So kann Kapital von internationalen Kapitalmärkten auch jenseits von Afrika mobilisiert werden. Eine marktkonforme Versicherung, die von Regierungen und multilateralen Institutionen unterstützt wird, ist eine gute Methode, um Risiken breit zu streuen. Hoffentlich wird die XCF bald etabliert. Die rigorose Risikomodellierung, die sie vornehmen soll, wird auch anderen marktförmigen Initiativen nutzen.

So wichtig es ist, dass Afrika Verantwortung für Klimaresilienz und Anpassung übernimmt, darf dem Kontinent doch Klimagerechtigkeit nicht verweigert werden. Die hochindustrialisierten Länder haben den Löwenanteil der Emissionen ausgestoßen, die nun den Planeten aufheizen und die Klimarisiken, denen verwundbare Menschen in weniger privilegierten Ländern ausgesetzt sind, verschärfen.

Die hochentwickelten Länder müssen die Opfer der globalen Erwärmung entschädigen. Das ist eine Frage der Gerechtigkeit, nicht der Mildtätigkeit. Es irritiert zudem, dass Südafrika mit seiner relativ großen Volkswirtschaft, aber doch recht kleinen Bevölkerung das einzige G20-Mitglied des Kontinents ist. Die G20 bilden ein wichtiges Forum für globale Politik. Sie sollten sich auf marktgeleitete Konzepte konzentrieren, die den Wandel zur Nachhaltigkeit in allen ihren Dimensionen voranbringen – in Afrika und weltweit.



CHINEDU MOGHALU
leitet die Öffentlichkeitsarbeit
der staatlichen Nigerian
Export-Import Bank.
moghaluigwe@gmail.com

QUELLE

Frankfurt School of Finance, UNEP, Bloomberg, 2016: *Global trends in renewable energy investment 2016*.
http://fs-unep-centre.org/sites/default/files/publications/globaltrendsrenewableenergyinvestment2016lowres_0.pdf

„Das kann nur gemeinsam gelingen“

Gerd Müller, Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, spricht sich für einen „Marshallplan mit Afrika“ aus. Im E+Z/D+C-Interview mit Hans Dembowski erläutert er, warum es geht.

Weshalb ist ein Marshallplan mit Afrika nötig?

Jedes Jahr kommen in Afrika fast 20 Millionen junge Menschen neu auf den Arbeitsmarkt. Für sie gibt es zu wenige Jobs. Unser Nachbarkontinent dient oft nur als Rohstofflieferant, ein Großteil der Weiterverarbeitung und Wertschöpfung findet woanders statt. Die Entwicklung der Wirtschaft und die Schaffung neuer Arbeits-

und Ausbildungsplätze sind damit DIE zentrale Herausforderung der nächsten Jahrzehnte. Dafür brauchen wir eine völlig neue Dimension der Zusammenarbeit, und genau darum geht es beim Marshallplan mit Afrika.

Müsste es nicht Marshallplan für Afrika heißen?

Eine neue Art der Zusammenarbeit bedeutet: weg von altem „Geber-Nehmer-Denken“. Nötig ist eine Kooperation, die noch mehr als bisher auf beidseitigem Interesse und Willen beruht. Wir brauchen eine Partnerschaft auf Augenhöhe, einen Marshallplan MIT Afrika und nicht FÜR Afrika.

In welchem Maß ist dieser Marshallplan eine deutsche Initiative, und in welchem Maß werden Sie andere Geberländer miteinbeziehen – Afrika steht ja auch auf der G20-Agenda, und die EU arbeitet ihrerseits an einer neuen Afrikapolitik?

Die Zukunft Afrikas ist auch die Zukunft Europas. Europa und die Weltgemeinschaft müssen deshalb umdenken. Mein Konzept für einen Marshallplan mit Afrika ist der Anstoß dazu. Die Bundesregierung hat Afrika erstmals zum Thema der G20 gemacht. Es kann doch nicht sein, dass Afrika durch Steuerflucht und -vermeidung mehr Geld verliert, als es an Entwicklungsgeldern erhält. Das ist eine der Fragen, auf die wir als G20 eine Antwort brauchen. Gemeinsam mit dem Finanzminister veranstalten wir deshalb im Juni eine G20-Afrikakonferenz. Wir reden aber nicht nur, wir handeln. Konkret wollen wir mit reformorientierten afrikanischen Regierungen Investitionspartnerschaften abschließen. Die Europäische Union und die Afrikanische Union vertiefen auf einem

Entwicklungsminister Gerd Müller mit Auszubildenden in der Nairobi-Niederlassung des Maschinenbauers Krones.



Foto: picture-alliance/Brian Otieno/dpa

gemeinsamen Gipfel im Herbst die Zusammenarbeit weiter.

Welche Bedeutung messen Sie den Aid-Effectiveness-Prinzipien der Global Partnership für Effective Development Cooperation im Sinne der Pariser Erklärung von 2005 bei?

Auf die Wirkung kommt es an. Wir wollen zusammen mit den afrikanischen Staaten dort tätig werden, wo wir für die Menschen am meisten erreichen können. Die Botschaft ist: Kein Euro in korrupte Kanäle!

Wir setzen deshalb auf Reformpartnerschaften. Wer sich für Reformen, eine gute Regierungsführung und die Bekämpfung der Korruption einsetzt, den fördern wir stärker als bisher.

Wie sollen die Partnerschaften mit reformorientierten afrikanischen Ländern organisiert werden – ähnlich wie die Budgethilfe, bei der gemeinsam Ziele definiert werden und die Erreichung Monitoring unterliegt?

Als einen ersten Schritt investieren wir 300 Millionen Euro zusätzlich in refor-

morientierten Ländern, rund 20 Prozent unserer staatlichen Zusammenarbeit mit Afrika. Dabei orientieren wir uns an der Agenda 2063 für nachhaltige Entwicklung der Afrikanischen Union sowie an international anerkannten Indizes wie dem Korruptionsindex von Transparency International oder dem Doing Business Index der Weltbank.

Wer muss mitwirken, damit afrikanische Länder die Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele der Agenda 2030 erreichen?

Kontinent der Möglichkeiten

Die Afrikanische Entwicklungsbank (African Development Bank – AfDB) schätzt die Zusammenarbeit mit Deutschland sehr. Sie hält den deutschen Vorschlag eines Marshall-Plans mit Afrika für einen Schritt in die richtige Richtung.

Die AfDB erfreut sich einer langjährigen Beziehung zu Deutschland, dem drittgrößten Beitragszahler zu ihrem konzessionären Fenster. Deutschland unterstützt mehrere Treuhandfonds der AfDB, wie etwa die Infrastrukturprojekt-Vorbereitungsfazilität der NEPAD (Neue Partnerschaft für Afrikanische Entwicklung), den Climate Change Trust Fund, das Infrastrukturkonsortium für Afrika (ICA) und seit kurzem auch eine Initiative für Erneuerbare Energie, die Africa Renewable Energy Initiative (AREI).

Afrika ist weiterhin die am zweitschnellsten wachsende Weltregion. Sechs afrikanische Volkswirtschaften gehörten zu den zehn am schnellsten wachsenden weltweit. Zudem fließen nach Afrika – nach dem asiatisch-pazifischen Raum – die zweitmeisten ausländischen Direktinvestitionen.

Ein Drittel aller in den letzten zehn Jahren umgesetzten Reformen zur Verbesserung des Investitionsklimas werden Afrika zugeschrieben.

Trotz der positiven Entwicklungen steht Afrika weiterhin vor großen Herausforderungen. Mehr als 650 Millionen Afrikaner haben keinen Zugang zu Elektrizität – und das bremst die Wirtschaftskraft ebenso wie das Wachstum. Die landwirtschaftliche Produktivität ist gering. Der Kontinent wendet jährlich mehr als 35 Milliarden Dollar für Lebensmittelimporte auf – und das, obwohl mehr als 65 Prozent aller Ackerflächen in Afrika liegen. Seit Jahrzehnten kommen nur rund zwei Prozent der weltweiten Warenexporte aus Afrika. Die Industrieproduktion trägt lediglich knapp elf Prozent zum afrikanischen Bruttoinlandsprodukt bei. Der innerafrikanische Handel liegt bei geringen 15%, im Gegensatz zu 69% mit Europa und 53% mit Asien. Das macht Transport und Geschäftstätigkeit teuer und mindert die Wettbewerbsfähigkeit. Ein weiteres großes Problem ist die Jugendarbeitslosigkeit.

Um diese Herausforderungen zu bewältigen, hat die AfDB fünf Ziele definiert. Diese sogenannten „High 5s“ sind:

- Licht und Strom für Afrika,
- Nahrung für Afrika,
- Industrialisierung Afrikas,
- regionale Integration Afrikas und
- die Verbesserung der Lebensqualität für die Menschen in Afrika.

Dafür werden beträchtliche finanzielle Mittel benötigt, insbesondere von der AfDB. Wir wollen auch externe Ressourcen nutzen und zählen auf eine fortlaufende Unterstützung Deutschlands, um diese ehrgeizigen Ziele zu erreichen.

Die Bank ist froh darüber, dass die Grundlagen des Marshall-Plans weitgehend mit den High 5s übereinstimmen. Das ist eine hervorragende Basis für den Aufbau einer strategischen Partnerschaft zwischen der AfDB und Deutschland, um gemeinsam Entwicklungsprogramme voranzutreiben.

Der Marshall-Plan sieht eine neue Ebene der gleichberechtigten Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Afrika vor. Angesichts der engen Übereinstimmung der High-5-Ziele der Bank, der

Agenda 2063 der Afrikanischen Union, der UN-Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) und des Marshall-Plans bietet sich die AfDB offensichtlich als strategischer Partner für Deutschland an. Einem aktuellen UNDP-Bericht zufolge ermöglicht die Umsetzung der High 5s das Erreichen der SDGs zu 90 Prozent sowie der Agenda 2063.

Afrika ist – trotz aller Herausforderungen – ein Kontinent der Möglichkeiten mit seinen 65% der weltweiten (ungenutzten) Ackerflächen, mit mehr als 20% der jüngsten Bevölkerung der Welt, mit der schnellsten Urbanisierung und einer aufsteigenden Mittelschicht. Auch für Investoren wird Afrika immer attraktiver. Deutschlands Marshall-Plan ermöglicht es, diese Chancen zu nutzen und Reichtum und Arbeitsplätze in Afrika zu schaffen.



FRANNIE LEAUTIER
ist Vizepräsidentin der Afrikanischen

Entwicklungsbank (African Development Bank – AfDB).
<http://www.afdb.org>

Das kann nur gemeinsam gelingen – mit den afrikanischen Partnern, der Privatwirtschaft und einer starken Zivilgesellschaft. Genau hier setzt ja der Marshallplan an. Wollen wir die nötigen Jobs schaffen, brauchen wir die Wirtschaft. Wir müssen Investitionen in Afrika attraktiver machen. Ich denke hier an Risikoabsicherung und steuerliche Anreize. Vor Ort wollen wir mehr in die Ausbildung der jungen Bevölkerung investieren. Klar ist, dass auch die Rahmen-

bedingungen stimmen müssen. Afrikas Regierungen müssen ihre Hausaufgaben machen und Rechtssicherheit schaffen. In einer globalisierten Welt hängt die Entwicklung Afrikas aber auch von internationalen Spielregeln ab. Dazu gehören neben fairem Handel verbindliche Umwelt- und Sozialstandards und der Stopp von illegalen Finanzströmen aus Afrika. Damit Afrika seine Interessen durchsetzen kann, braucht es eine stärkere Stimme in den internatio-

nalen Gremien. Dazu gehört ein Sitz im UN-Sicherheitsrat genauso wie mehr Einfluss in der Welthandelsorganisation.



GERD MÜLLER
ist Bundesminister
für wirtschaftliche
Zusammenarbeit
und Entwicklung.
<http://www.bmz.de>

Umstrittener Begriff

Einige potenzielle afrikanische Partner halten den Begriff „Marshallplan“, den der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gerd Müller, für seinen Vorschlag gewählt hat, für falsch. Martial De-Paul Ikounga, der Kommissar für Bildung, Wissenschaft und Technologie der Afrikanischen Union (AU), empfindet den Begriff beispielsweise als irreführend und gönnerhaft. Etwas, das „Marshallplan“ heißt, gehört seiner Meinung nach nicht auf die Tagesordnung der AU. Ähnlich argumentiert Job Shiplulo Amupanda, Vizedekan des Wirtschaftsinstitut der Universität Namibia, der Begriff drücke eine imperialistische Haltung aus und negiere die Handlungsfähigkeit Afrikas.

Solche Bedenken äußerten mehrere afrikanische Teilnehmer kürzlich auf einer Konferenz der Stiftung Entwicklung und Frieden in Potsdam. Ihre Kernpunkte waren:

- Afrika ist kein Kontinent, der nach einem Weltkrieg wiederaufgebaut werden muss.
- Die koloniale Vergangenheit Afrikas ist Ursache heutiger

Armut und dysfunktionaler Regierungsführung – deshalb braucht der Kontinent Schadenersatz statt Wohltätigkeit.

- Afrikanische Entwicklung muss von Afrikanern vorangetrieben werden.

Bei der Debatte in Potsdam ging es vor allem um den Namen, nicht um Inhalte von Müllers Vorschlag. Deutlich wurde dabei, dass Worte in unterschiedlichen Kontexten unterschiedliche Bedeutungen haben können. Menschen aus verschiedenen Ländern haben verschiedene Vorstellungen davon, was unter „Marshallplan“ zu verstehen ist.

In Deutschland ist die Konnotation positiv, weil der ursprüngliche Marshallplan das „Wirtschaftswunder“ – den erfolgreichen Wiederaufbau Westdeutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg – ermöglichte. Das wurde als unverdienter Segen wahrgenommen, da die USA damit den Menschen halfen, die den Krieg begonnen und ungeheures Leid verursacht hatten.

Briten und Franzosen haben eine andere Sicht. In ihren Ländern wurde der Marshall-

plan als solidarisches Handeln eines Kriegsverbündeten, nicht des bisherigen Feindes wahrgenommen. Ähnlich war das überall dort, wo Menschen von deutscher Besatzung befreit worden waren.

Der Marshallplan diene im Kalten Krieg selbstverständlich strategischen Interessen. Rückblickend sind Europäer aber auf beiden Seiten des ehemaligen Eisernen Vorhangs der Ansicht, dass er Freiheit und Wohlstand gefördert hat. Als Instrument der Unterdrückung wird er nicht gesehen.

Wenn deutsche Politiker von einem Marshallplan sprechen, denken sie an das überraschende Wirtschaftswunder und signalisieren, dass sie etwas Ähnliches auslösen wollen. Für Afrikaner bedeutet diese Bezeichnung aber, dass eine ausländische Macht das Sagen hat. Zudem finden sie, dass sie Anspruch auf Entschädigung für die Kolonialherrschaft haben.

In deutschen Ohren klingt Marshallplan stimmig – zumal Müller von einem Marshallplan MIT Afrika spricht, nicht einem Plan FÜR Afrika. Misan Rewane, die Leiterin von West Africa Vocational Training (WAVE), einer Initiative für Berufsausbildung in Lagos, hält das für eine entscheidende

Nuance. Aus ihrer Sicht kommt es darauf an, wie der eigentliche Plan aussehen wird und in welchem Maße „mit“ etwas anderes bedeutet als „für“. Letztlich seien Taten wichtig und nicht Worte, sagt sie.

Hans Dembowski

Köln in Trümmern nach dem Zweiten Weltkrieg.



Global Governance für Nachhaltigkeitsziele

Die Ziele für nachhaltige Entwicklung wurden weltweit enthusiastisch aufgenommen. Allerdings fehlt es an klar definierten Verantwortlichkeiten, um diese auf internationaler Ebene zu erreichen. Länder, in denen ein Großteil der Bevölkerung arm ist, benötigen Unterstützung – und zwar so, dass diese Länder trotzdem die Ownership über ihre politischen Entscheidungen behalten.

Von Belay Begashaw

Ob die Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) erreicht wer-

alog- und Beratungsprozess entwickelt, an dem Vertreter von Regierungen, Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft und Hochschulen aus der ganzen Welt beteiligt waren. Das war der richtige Ansatz – und er stand im Einklang mit dem Prinzip von „Niemanden zurücklassen“ (leave no one behind).

Um die SDGs zu erreichen, ist mindestens das gleiche Maß an Koordination und aktiver Teilnahme erforderlich wie bei den MDGs. Die Agenda ist sehr ambitioniert und berührt unterschiedlichste Bereiche. Letztlich geht es darum, unseren Planeten so zu regieren, dass Mensch und Natur gedeihen

kommen sollen. Ohne ein angemessenes und unterstützendes globales Verwaltungssystem ist die SDG-Agenda zum Scheitern verurteilt.

Weltweit fanden die SDGs große Zustimmung. Alle UN-Mitglieder haben sich für die Agenda ausgesprochen. Allerdings gab es keine Vereinbarungen zur Rechenschaftspflicht, und es wurde nicht klar festgelegt, wer welche Leistungen erbringen soll. Es ist nicht genug, Inklusion zu fordern und viele Partner in Debatten einzubeziehen. Um Maßnahmen umzusetzen, müssen die Verantwortlichkeiten klar formuliert werden, und sie müssen zu den einzelnen Partnern passen.

Auf internationaler Ebene sind Regierungen, privatwirtschaftliche Unternehmen, zivilgesellschaftliche Organisationen, multilaterale Institutionen und andere Partner lediglich moralisch verpflichtet, die SDGs umzusetzen. Druck aus der Zivilgesellschaft kann diese moralische Verpflichtung stärken – allerdings hat die Öffentlichkeit gar keine anderen Mittel, die Partner zur Rechenschaft zu ziehen.

Auf nationaler Ebene sieht es anders aus. Die Regierungen sind an die Verfassungen und Gesetze ihrer Länder gebunden und müssen entsprechend handeln. Die SDGs können jedoch keine nationale oder gar lokale Politik sein – schließlich resultieren sie aus einem umfassenden multilateralen Verhandlungsprozess. Sie gelten global und sind Ausdruck gemeinsamer Ansichten. Einige SDGs sind sogar von planetarischem Umfang – etwa wenn es um Klimaschutz, Biodiversität und die Meere geht. Dennoch beschränkt sich die Global Governance bezüglich der SDGs derzeit darauf, den Dialog zu ermöglichen, Erfahrungen auszutauschen und – bislang mehr schlecht als recht – Gelder zu transferieren.

Die Staatsregierungen haben die SDGs im September 2015 in der UN-Generalversammlung einstimmig verabschiedet. Selbstverständlich müssen sie Verantwortung übernehmen – und dabei stehen sie vor großen Herausforderungen. Zunächst sollte ein Land die Öffentlichkeit für die SDGs sensibilisieren und zusehen, dass diese bei allen Planungen auch auf lokaler Ebene berücksichtigt wird.

Parlamente, Gemeinderäte und andere relevante Institutionen müssen in die politischen Maßnahmen einbezogen und die



Gesundheitszentrum im ländlichen Tansania: Die politisch Verantwortlichen in Entwicklungsländern können ihre Wähler oft einfacher von staatlichen Investitionen in soziale Dienste überzeugen als von der Finanzierung langfristiger Umweltprojekte.

den, wird maßgeblich von klarer Koordination und guter Regierungsführung abhängen. Was wir in den vergangenen Jahren mit den Millenniumsentwicklungszielen (Millennium Development Goals – MDGs) vor allem gelernt haben, ist: Wir brauchen eine effektive Koordination zwischen den verschiedenen Akteuren auf nationaler und internationaler Ebene. Und: Inklusion muss sichergestellt werden. Die SDGs wurden in einem breit angelegten Di-

können. Wir brauchen ein System allgemein akzeptierter und eingehaltener Regeln und Vorschriften, damit viele souveräne Staaten und eine noch größere Anzahl unabhängiger Akteure ihre Rolle dabei spielen können.

Das enge Zeitfenster sollte ein konzentriertes Vorgehen fördern. Um die SDGs wie versprochen bis Ende 2030 zu erreichen, sind eine Grundfinanzierung und weitere Gelder erforderlich. Bisher wurde allerdings nicht eindeutig geklärt, woher diese

Kosten müssen geschätzt werden, damit aus nationalen Haushalten und regionalen Budgets Mittel zur Verfügung gestellt werden können. Doppelte Maßnahmen gilt es zu verhindern, dafür sind gute Überprüfungs- und Auswertungssysteme erforderlich. Die Bürger müssen rechtzeitig über den Stand der Umsetzung und die Ergebnisse informiert werden. Es ist offensichtlich, dass eine solche Agenda leistungsfähige Staaten benötigt.

DRUCK DURCH ANDERE

Die internationale Gemeinschaft muss davon ausgehen, dass nicht alle Staaten dieser Aufgabe gewachsen sind. Vielerorts muss sich erst die Staatsführung verbessern. Derzeit werden regionale und kontinentale Peer-Review-Mechanismen eingesetzt, um die Qualität der Staatsregierungen zu prüfen. Diese Mechanismen sollten den Anforderungen der SDGs angepasst werden. Der Druck durch andere Staaten oder Regionen könnte dazu beitragen, dass Ansätze vereinheitlicht und bewährte Praktiken gefördert werden.

Um die SDGs zu erreichen, sind umfangreiche Investitionen erforderlich – und es wäre unrealistisch, von allen Ländern zu erwarten, dass sie die dafür benötigten Gelder aus eigenen Mitteln bereitstellen. Manche SDGs bringen unmittelbare Erfolge – etwa hinsichtlich Ernährungssicherheit, Gesundheit, Bildung, Energie oder Straßen. Es ist einfach, die Menschen von diesen Zielen zu überzeugen. Andere SDGs – etwa zum Schutz biologischer Vielfalt und natürlicher Ressourcen – zeigen erst langfristig ihren Nutzen. Politiker in armen Ländern werden hart kämpfen müssen, um Steuergelder für solche Zwecke einsetzen zu können. Hier wäre internationale Unterstützung klug.

Gerade weniger entwickelte Länder brauchen Hilfe. Es könnte sinnvoll sein, nach Art des multilateralen Schuldenerlasses zu verfahren. Dabei mussten hochverschuldete Länder Strategien zur Armutsbekämpfung entwerfen und umsetzen – und wenn die Strategien überzeugend waren, unterstützten die Geber den Staatshaushalt der entsprechenden Länder. Auch Budgethilfe wäre geeignet, um die SDG-Maßnahmen zu unterstützen: Die politische Verantwortlich-

keit verbleibt bei dem betroffenen Land und wird von dessen Institutionen durchgesetzt. Da das Teil des politischen Prozesses wird, kann die breite Öffentlichkeit einbezogen werden. Hilfe hingegen, die an nationalen Institutionen vorbei geführt wird, erzeugt Parallelstrukturen. Das alles wurde im Rahmen der Pariser Erklärung über die Wirksamkeit der staatlichen Entwicklungshilfe sorgfältig erörtert. Auch die Globale Partnerschaft für effektive Entwicklungszusammenarbeit beschäftigt sich mit diesem Thema (siehe D+C/E+Z e-Paper, 2017/02, S. 17).

So oder so muss es eine Institution geben, die dazu legitimiert ist, die Mittel auf globaler Ebene zu koordinieren. Das könnten beispielsweise die UN sein, denn sie müssen auch die Beiträge von Regierungen, Privatsektor, Zivilgesellschaft und Hochschulen berücksichtigen.



BELAY BEGASHAW
ist Direktor des afrikanischen Sustainable-Development-Goals-Zentrums (SDGC/A) in Kigali, Ruanda.
bbegashaw@sdgcafrica.org

Das Sustainable-Development-Goals-Zentrum für Afrika

Das im Juli 2016 eröffnete Sustainable Development Goals Center for Africa (SDGC/A) ist eine internationale Organisation, die Regierungen, Zivilgesellschaft, Unternehmen und akademische Institutionen unterstützt.

Unsere Aufgabe ist es, das Erreichen der nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) in Afrika zu beschleunigen. Das SDGC/A hat seinen Hauptsitz in der ruandischen Hauptstadt Kigali. Es baut auf den Erfolgen Afrikas auf und bringt Men-

schen, Ideen und Innovationen aus aller Welt zusammen, um gemeinsam eine nachhaltigere Zukunft zu schaffen.

Unsere Vision ist, dass alle afrikanischen Länder ihre nationalen und regionalen Ziele bezüglich der SDG bis 2030 erreichen. Unsere Werte stehen im Einklang mit der Post-2015-Agenda. Das SDGC/A befürwortet:

- Partnerschaften zwischen Regierungen, Zivilgesellschaft, Wirtschaft und akademischen Institutionen,

- gegenseitig gewinnbringende, auf Stärken basierende Netzwerke von Menschen, Institutionen und Ideen,
- Transparenz und Rechenschaftspflicht bei Entscheidungen, Investitionen und Versprechen,
- soziale Inklusion auf allen Ebenen der Gesellschaft, um sicherzustellen, dass niemand zurückgelassen wird,
- Umweltschutz und verantwortungsvolle Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und
- Innovationen, Forschung und Kapazitätsaufbau.

Um unsere Ziele zu erreichen, konzentrieren wir uns auf:

- Forschung und Politikberatung zur Unterstützung von Regierungen, Zivilgesellschaft, Unternehmen und akademischen Institutionen,
- zwischenstaatliche Investitionen und Projekte zu Infrastruktur, Informationssystemen und Finanzen,
- den Aufbau von Plattformen, um sinnvolles Engagement von Wissenschaftlern, Bürgern und Gemeinden zu erleichtern,
- Bildung und Kapazitätsaufbau zur Stärkung von Universitäten und Forschungseinrichtungen und
- die Verbreitung von Technologien, Innovationen und Reichweite. **SDGC/A**



Visionen für 2030

Obwohl Sambia einen beindruckenden wirtschaftlichen Fortschritt erreicht hat, sind mehr als 60 Prozent seiner 16 Millionen Einwohner arm. Die Regierung hat sich den Sustainable Development Goals (SDGs) verpflichtet, aber es wird ziemlich schwer sein, sie zu erreichen.

Von Frank Masanta Jr.

Die SDGs sind aus mehreren Gründen wichtig. Sie fokussieren sich auf das wirklich Wesentliche und geben eine internationale Richtschnur für Einzelne, Organisationen und Regierungen der ganzen Welt. Außerdem erzeugen die SDGs sozialen Druck. Letztendlich können sie dazu beitragen, Netzwerke von Experten, Wissenschaftlern und Praktikern aufzubauen.

Die Millenniumentwicklungsziele (MDGs) hatten eine ähnliche Funktion. Da sie sich als erfolgreich erwiesen, eine glo-

bale Agenda zu formen, haben die UN sie mit der Agenda 2030 inklusive der SDGs fortgeführt. Die MDGs wurden nicht komplett erreicht, aber sie haben die richtige Entwicklung in Gang gesetzt. MDG 5 lautet, die Müttersterblichkeit von 1990 bis 2015 um 75 Prozent zu reduzieren. Sambia gelang es, die Müttersterblichkeit um mehr als 60 Prozent zu senken (von 580 zu 220 Toten bei 100 000 Geburten). Dies ist sicher ein Fortschritt, aber weniger als, angestrebt war.

Sambias Regierung hat die Agenda 2030 unterzeichnet und sich den SDGs verpflichtet. Im Februar legte die Regierung den ersten Entwurf des 7. National Development Plan für die Jahre 2017 bis 2021 vor. Präsident Edgar Chagwa Lungu erklärte, dass er Sambia zu einer widerstandsfähigen und diversifizierten Volkswirtschaft machen wolle. Spezielle Maßnahmen, Programme und Projekte sollen die Schaffung von Arbeitsplätzen vorantreiben und die Armut reduzieren.

Die jüngsten Ankündigungen entsprechen Sambias „Vision 2030“, die 2011 festgelegt wurde. Das Ziel dabei ist, Sambia bis 2030 zu einem Land mittleren Einkommens zu machen. Die Schlüsselprinzipien der Vision sind:

- nachhaltige Entwicklung
- Demokratie,
- Menschenrechte,
- Familienwerte,
- Arbeitsethos,
- friedliches Zusammenleben und
- gute traditionelle Werte hochhalten.

Da die Zivilgesellschaft und der Privatsektor zur Erreichung der SDGs einbezogen werden müssen, ist es wichtig, die Öffentlichkeit aufzuklären. Die zentrale Statistikbehörde muss relevante Daten für das Monitoring erheben und das Parlament muss das Thema regelmäßig überprüfen.

Es wurden einige konkrete Maßnahmen ergriffen. Zum Beispiel sollen im ganzen Land Bürgerbüros eingerichtet werden, in denen die Bürger Gelegenheit haben, mit Parlamentsmitgliedern zu sprechen. Der Constituency Development Fund, der Mikroinitiativen auf der Graswurzel-ebene fördert, soll aufgestockt werden.

INTERNATIONALE PARTNER

Das Finanzministerium wurde dringend aufgefordert, eng mit internationalen Partnern, einschließlich China, den USA, der EU und Russland, zusammenzuarbeiten. Damit sollen Investoren angezogen und Unterstützung für Regierungsmaßnahmen gewonnen werden. Beispielsweise strebt die Regierung eine Förderung durch die Asian Infrastructure Investment Bank an, eine neue multilaterale Institution, die von China initiiert wurde und in Peking sitzt. Zudem hofft Sambia von Chinas „One Belt, One Road“-Politik zu profitieren, die dazu da ist, weltweit für den Handel wichtige Infrastruktur zu fördern. Das Engagement von Gebern ist natürlich auch willkommen.

Die Ziele der Regierung sind gut und ihr Plan ergibt Sinn. Dennoch wird sie schwer kämpfen müssen, die SDGs und die Vision 2030 wie geplant in den nächsten



Sambia hat damit zu kämpfen, seinen Bildungssektor zu entwickeln: Schüler der privaten Sun-Spring Charity School, die Frank Masanta gründete.

13 Jahren zu erreichen. Die Gründe dafür sind schnelles Bevölkerungswachstum (3,2 Prozent jährlich laut Weltbank), Korruption und fehlende Mittel.

Laut Transparency International (TI) hat Sambia in der vergangenen Dekade einen bemerkenswerten Fortschritt im Kampf gegen Korruption gemacht. Der rechtliche und institutionelle Rahmen wurde gestärkt, bürokratische Verfahren wurden vereinfacht, und sogar hochstehende Beamte wurden strafrechtlich verfolgt. Dennoch warnt TI, dass Korruption ein großes Problem bleibt, das die Polizei, den Bildungs- und den Gesundheitsbereich betrifft.

Die fehlenden finanziellen Mittel sind natürlich auch eine riesige Herausforderung. Die ungeschönte Wahrheit ist, dass Sambia beispielsweise schwer damit zu kämpfen hat, seinen Bildungsbereich zu entwickeln. Bildung ist ein Menschenrecht und liegt in der Verantwortung des Staates. Aber angesichts einer ständig wachsenden Bevölkerung ist das schwer zu erreichen. In Sambia ist der Bildungssektor unterfinanziert.

Bildung ist ungeheuer wichtig, um die SDGs zu erreichen. Regierungen müssen sicherstellen, dass jedes Kind in einer zumut-

baren Distanz zur Schule gehen kann. Grundbildung ist die Grundlage menschlicher Entwicklung. Wo würden erfolgreiche Ober- schüler herkommen, wenn es keine erfolgreiche Grundschulbildung gibt? Gute Bildung wird die kommenden „Agenten des Wandels“ hervorbringen, die die Welt braucht.

Dennoch ist die aktuelle Prognose für Sambia nicht gerade vielversprechend. Die Mittel für Bildung sind von 20,1 Prozent des Staatshaushalts 2015 auf 17,2 Prozent im vergangenen Jahr zurückgegangen, obwohl Sambia im Zusammenhang mit der Global Partnership for Education zugesagt hat, 20 Prozent der Haushaltsmittel in diesen Sektor zu geben und die Pro-Kopf-Ausgaben zu erhöhen.

Laut der Vision 2030 will die Regierung die Arbeitsmoral fördern. Ihre Unfähigkeit, ihre Versprechen zu erfüllen, macht dieses Ziel nicht glaubwürdig.

SCHUTZ DER WÄLDER

Eine andere Top-Priorität in Sambia ist Energie. Massive Investitionen sind nötig, um allen Haushalten Zugang zu erschwinglichem Strom zu gewährleisten. Die meisten

Leute nutzen Holzkohle, und das machen sogar viele Haushalte, die an das Stromnetz angeschlossen sind, weil es billiger ist. Dies ist zerstörerisch für die Umwelt. Die Wälder, die zur CO₂-Reduktion so wichtig sind, werden abgeholzt, um Holz für die Kohleproduktion zu haben. Dieser Raubbau trägt zur globalen Erwärmung bei. Außerdem verringert er die Lebensmöglichkeiten der Armen. Das Einkommen von schätzungsweise 30 Prozent der ländlichen Haushalte hängt von Waldprodukten ab.

Die Regierung will die Entwaldung verringern. Es sollen nicht mehr als 100000 Hektar pro Jahr an Wald für die Kohleproduktion geschlagen werden. Das ist ein hehres Ziel. Es wird sich zeigen, in welchem Maß das Handeln der Regierung Erfolg hat. Aber jeder Fortschritt ist willkommen – auch wenn nicht jeder Wunsch Wirklichkeit wird.



FRANK MASANTA JR. ist ein sozialer Aktivist aus Sambia. Er gründete 2011 die Sun-Spring Charity School in einem Armenviertel in Lusaka. frankmasanta.jr@gmail.com



Werden Sie unser Fan auf Facebook!





Widersprüchliche Politik

Seit Ausbruch des Krieges in Syrien 2011 hat der Libanon hunderttausende Syrer aufgenommen. Dafür erntet der Staat viel internationales Lob. Doch die Lage der Flüchtlinge im Land ist erschütternd.

Von Mona Naggar

Etwa jeder vierte Bewohner des Libanons stammt aus Syrien. Dazu kommen Flüchtlinge aus früheren Krisen in der Region wie hunderttausende Palästinenser und tausende Iraker. Der politisch labile und infrastrukturell ohnehin überforderte Libanon zählt weltweit zu den Ländern mit dem prozentual höchsten Flüchtlingsaufkommen. Dafür verdient er Anerkennung und Unter-

erfassten Kindern aus. Hinzu kommt, dass der libanesische Staat dem UNHCR im April 2015 untersagt hat, neuankommende syrische Flüchtlinge zu registrieren.

Doch auch wenn sie registriert sind, genießen Flüchtlinge aus Syrien keinen rechtlichen Status. Der libanesische Staat hat bis heute weder die Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 noch das Protokoll von 1967 unterzeichnet. So werden Menschen in Armut und Rechtlosigkeit getrieben. Zahlreiche Untersuchungen haben ergeben, dass es eine Verbindung zwischen der stark verbreiteten Kinderarbeit unter Syrern und der zunehmenden Armut der Eltern gibt. Nach offiziellen libanesischen Angaben leben 52 Prozent der Syrer von weniger als 2,40 Dollar pro Tag.

könnten sich dauerhaft ansiedeln und das demografische Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Religionen und Konfessionen aus dem Lot bringen, auf dem das politische System basiert. Es ist eine Politik ohne Weitblick und Planung. Flüchtlinge werden zwar selten abgeschoben, aber man versucht sie zur freiwilligen Rückkehr zu bewegen.

Laut der Absichtserklärung, die der Libanon aus Anlass der Geberkonferenz für Syrien Anfang 2016 in London vorgelegt hat, ist der Regierung bewusst, dass die Aufenthalts- und Arbeitsgesetze überarbeitet werden sollten. Das bestätigt auch der neu eingesetzte Minister für Vertriebene. Und in der Tat hat die Regierung in Beirut, auch auf internationalen Druck hin, vor wenigen Wochen eine Erleichterung für eine kleine Gruppe von Syrern erlassen. Notwendig wäre aber die Rücknahme der erschwerten Aufenthaltsregeln für alle Syrer im Land. In der Absichtserklärung werden außerdem Vorschläge unterbreitet, um Jobs zu schaffen – für Libanesen und Syrer. Die Rede ist von bis zu 350 000 Arbeitsplätzen. Woher sie kommen sollen, ist allerdings unklar.

Der größte Fortschritt, den der Zedernstaat in den vergangenen zwei Jahren erzielt hat, betrifft den Bereich Bildung für syrische Kinder. Internationale Geber und das Bildungsministerium haben für rund 250 000 syrische Mädchen und Jungen Plätze in staatlichen Schulen geschaffen. Dafür wurden Schulen instand gesetzt und neue Lehrer unter Vertrag genommen. Das ist eine große Leistung. Aber immer noch besuchen weitere 250 000 Kinder keine Schule. In der Bekaa-Ebene, die ein Hauptaufnahmegebiet für syrische Flüchtlinge ist, sind fast 80 Prozent der Kinder ohne Bildung. Das Ministerium will in den kommenden drei Jahren auch diese Kinder erreichen und gleichzeitig die Qualität der Bildung verbessern. Dafür sind jährlich 350 Millionen Dollar notwendig. Da ist die internationale Gemeinschaft wieder gefragt.



Syrisches Flüchtlingslager in der Bekaa-Ebene.

stützung der internationalen Gemeinschaft. Weniger Beachtung findet allerdings die Politik des libanesischen Staates gegenüber diesen Flüchtlingen.

Die Situation der Syrer im Land ist mehr als ernüchternd. Nach der Verschärfung der Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen Ende 2014 halten sich ungefähr 60 Prozent der Syrer illegal im Libanon auf. Das heißt, sie können keiner legalen Arbeit nachgehen, sich nicht frei im Land bewegen und ihre neugeborenen Kinder nicht anmelden. Schätzungen gehen bereits von 50 000 nicht

Der Libanon scheint die Fehler zu wiederholen, die er seit Jahrzehnten mit den Palästinensern gemacht hat und immer noch macht. Die diskriminierenden Gesetze in den Bereichen Arbeit, Bildung und soziale Absicherung haben diese Bevölkerungsgruppe an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Der libanesische Rechtsanwalt Nizar Saghih nennt den Umgang des Staates mit den Flüchtlingen „manufacturing vulnerability“: Verletzlichkeit am laufenden Band. Die Flüchtlingspolitik des Libanons ist hauptsächlich von der Angst getrieben, die Geflüchteten



MONA NAGGAR
ist Journalistin und Medientrainerin.
Sie lebt in Beirut.
mona.naggar@googlemail.com

Krankenversicherung für alle

Wenn die internationale Staatengemeinschaft ernsthaft Ungleichheit angehen will, darf sie das Gesundheitswesen nicht Marktkräften überlassen. Solidarische Finanzierung ist notwendig. Wie eine Sozialversicherung in einem armen Land funktionieren kann, zeigt in Bangladesch die zivilgesellschaftliche Organisation Gonoshasthaya Kendra (GK).

Von Rezaul Haque



Routineuntersuchung einer schwangeren Frau in einem Dorf im Umland von Dhaka.

Bei GK wissen wir, wie eine umfassende Krankenversicherung für Textilarbeiterinnen möglich wäre. In Zusammenarbeit mit der niederländischen Botschaft und medico international haben wir Pilotprojekte in Fabriken durchgeführt. Pro Person würde ein jährlicher Beitrag von 1200 Taka (etwa 14 Euro) reichen. Wir finden, Arbeitgeber und Belegschaftsmitglieder sollten davon je ein Viertel und die internationalen Auftraggeber die Hälfte zahlen.

Für individuelle Gesundheitsdienstleistungen müssten die Arbeitnehmer dann weitere kleine Beiträge zahlen. Unsere Erfahrung lehrt, dass nicht wertgeschätzt wird, was nichts kostet. Selbstverständlich müssen die Preise aber erschwinglich sein, damit niemand ausgeschlossen wird.

Die Pilotprojekte haben uns einiges gelehrt. Wir wissen nun, dass wir Krankengymnastik vorsehen müssen, weil Textilarbeiterinnen oft Nacken-, Schulter- und Rückenschmerzen kriegen.

GK arbeitet seit über 40 Jahren in Bangladesch. Wir haben eine Sozialversicherung eingerichtet und gewährleisten auf Dauer die Gesundheitsversorgung von 1,1 bis 1,2 Millionen Menschen. Wir berechnen die Beiträge nicht nach den individuellen Risiken, wie das eine private Krankenversicherung täte, sondern richten uns nach dem Einkommen. Unser Tarifsystem hat sechs Kategorien: sehr Arme, Arme, untere Mittelschicht, Mittelschicht, obere Mittelschicht und Reiche. Haushalte, die zur selben Kategorie gehören, zahlen dieselben Beiträge. Im Gegenzug bekommen alle Angehörigen bei Bedarf erschwingliche Gesundheitsversorgung. Sehr arme und arme Familien müssen für einen Kaiserschnitt zum Beispiel 3000 Taka zahlen – reiche Familien dagegen 10 000 Taka.

GK will beweisen, dass kostengünstige Gesundheitsversorgung für alle möglich ist. Auf dieser Grundlage soll dann der Staat eine gesetzliche Krankenversicherung für die gesamte Nation schaffen.

Alle wohlhabenden Nationen haben solch eine soziale Krankenversicherung in

irgendeiner Variante. Das Vorbild war die Sozialversicherung, die Otto von Bismarck in Deutschland im späten 19. Jahrhundert schuf. Sie diente ihm dazu, den Sozialismus zu bekämpfen – aber sein Verbot der Sozialdemokraten hielt nicht lange. Die Krankenversicherung funktioniert aber bis heute und wird mit Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträgen finanziert.

Solche Strukturen ermöglichen Gesundheitsversorgung für alle. Unregulierte Marktdynamik schafft dagegen Versicherungsschutz nur für Bessergestellte. Entwicklungsländer brauchen aber universelle Versorgung für alle, denn Krankheiten und Unfälle stürzen allzu viele Familien in die Armut.

Als armes Land kann Bangladesch nicht so viele Ärzte beschäftigen wie das reiche Deutschland. Deshalb stützt sich GK auf ausgebildete Fachkräfte (Paramedics), die sich in den Dörfern um Patienten kümmern. Wenn Komplikationen sie überfordern, wenden sie sich an Ärzte in unseren dezentralen Gesundheitszentren. In Notfällen überweisen diese schwierige Fälle dann an unsere oder staatliche Krankenhäuser.

Das GK-System funktioniert gut. Wir sind kurz davor, für unsere Versicherten das Nachhaltigkeits-Entwicklungsziel zur Reduktion von Müttersterblichkeit zu erreichen, das die UN für 2030 beschlossen haben. Wir sind stolz darauf, dass Bangladesch auch das entsprechende Millenniums-Entwicklungsziel erreicht hat. Unsere Arbeit hat den Weg dorthin geebnet. Nun beweisen wir, dass wir die Müttersterblichkeit noch weiter senken können.

Wenn die internationale Staatengemeinschaft es mit der Bekämpfung von Ungleichheit ernst meint, sind soziale Krankenversicherungen unabdinglich. Ohne solidarische Finanzierung ist Gesundheitsversorgung nicht für alle möglich. Daraus ergeben sich Aufgaben für die Gesetzgeber.



REZAUL HAQUE
ist Arzt und arbeitet
im Management von
Gonoshasthaya Kendra,
einer zivilgesellschaftlichen Organisation in Bangladesch.

rezaulgk50@gmail.com



Lippenbekenntnisse

Indiens Premier Narendra Modi sieht seine Regierung als Vorbild für gute Amtsführung. Das tun nicht alle seine Landsleute.

Von Aditi Roy Ghatak

2016 überholte Indien Japan und wurde zum drittgrößten Luftverkehrsmarkt. Die Zahl der Binnenpassagiere stieg um 24 Prozent auf über 100 Millionen. Das war ein weiterer Beleg des starken Wachstums, das Indien zu einem der wenigen Lichtblicke der düsteren Weltwirtschaft macht.

Premierminister Narendra Modi feiert den Wirtschaftserfolg als persönlichen Triumph. Er glänzt gern in internationalem Lob und gibt sich auf der globalen Bühne als stets korrekt. Vor ausländischem Publikum preist er die Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs). Daheim belegt sein Handeln derweil oft eine aggressiv-populistische Haltung (siehe Schwerpunkt in E+Z/D+C e-Paper 2017/02). Seine rechte Partei, die BJP, dient den Interessen der Wohlhabenden mehr als denen der Armen, deren Leid zu lindern sie verspricht.

Die BJP nennt sich nationalistisch und bestreitet, sie sei nicht inklusiv. Sie ist aber aus dem RSS hervorgegangen, einer chauvinistischen Organisation, die „Hindutva“ betont. Das bedeutet grob „Hinduhaf-tigkeit“ und steht für eine Ideologie, die hinduistische Hegemonie fordert und ein intolerantes Zerrbild der toleranten Religion propagiert. Viele Akteure im RSS-Netzwerk verfolgen eine Agenda, die sich gegen Minderheiten und besonders gegen Muslime und Christen richtet.

Unter Modi werden nun Schulbücher umgeschrieben, damit die religiöse Vielfalt der Unabhängigkeitsbewegung unsichtbar wird. Im ganzen Land hetzen „Kuh-schützer“ gegen Muslime, für die Rindfleisch eine wichtige Proteinquelle ist. Die Regierung tut kaum etwas dagegen.

Unabhängige Organisationen, die sich kritisch zu äußern wagten, wurden weitgehend mundtot gemacht (siehe meinen Kommentar in E+Z/D+C e-Paper 2016/05, S.42). Repression ist dort be-

sonders stark, wo die BJP auch die Landesregierung stellt. Die Unabhängigkeit der Justiz wird angegriffen.

Beim G20-Gipfel dürfte sich Modi im Juli in Hamburg leidenschaftlich für die SDGs aussprechen. Seine Partner sollten aber bedenken, dass sich sein Land trotz hoher Wachstumsraten durch extreme Ungleichheit auszeichnet und hunderte Millionen armer Einwohner hat.

ZWEITGRÖSSTE UNGLEICHHEIT

Laut Credit Suisse gehören dem reichsten Prozent der indischen Bevölkerung 58,4 Prozent des Vermögens. Die Vergleichswerte für Indonesien, Brasilien, China, die USA, Südafrika und Mexiko sind niedriger. Die untere Hälfte der indischen Bevölkerung verfügt nur über 4,1 Prozent des Vermögens. Unter den G20-Mitgliedern ist die Ungleichheit nur in Russland größer. Dort besitzt das reichste Prozent 75 Prozent des Gesamtvermögens.

Indische Millionäre haben zusammen 5600 Milliarden Dollar, während die Hälfte der 1,25 Milliardenbevölkerung in Armut lebt. Offiziell gelten aber nicht alle als arm. Aus Behördensicht gehören in den Städten nur diejenigen in diese Kategorie, deren Kaufkraft weniger als 0,42 Dollar pro Kopf und Tag beträgt.

Mukesh Ambani ist vermutlich der reichste Inder. Das Hochhaus, das er in Mumbai bewohnt, hat eine Milliarde Dollar gekostet und erfordert ein Personal von 600 Leuten. Nur einen Steinwurf entfernt sind die weltbekannten Elendsviertel, die in dem oskargekrönten Film „Slumdog Millionär“ 2008 gut beschrieben wurden. Angesichts dieser gewaltigen sozialen Kluft klingt die SDG-Rhetorik der Regierung auf geradezu lächerliche Weise hohl.

Bevor er Premierminister wurde, war Modi Ministerpräsident von Gujarat. Unter ihm wurde der Bundesstaat wegen Krawallen bekannt, in denen viele Muslime ermordet wurden – und später wegen erfolgreicher Investorenanwerbung. Weniger bekannt ist aber, dass Gujarats Erfolge bei der Armutsbekämpfung mittelmäßig blieben.



Mukesh Ambani's Heim hat eine Milliarde Dollar gekostet.

Als Premier fährt Modi denselben wirtschaftsfreundlichen Kurs. 29 Staatsbanken wurden in den Finanzjahren 2014/15 und 2015/16 angewiesen, faule Unternehmenskredite im Wert von 62 Milliarden Dollar abzuschreiben. Das war mehr Geld, als die von der Kongresspartei geführte Vorgängerregierung Unternehmen in neun Jahren zuvor erließ.

Viele Ökonomen loben Modi als liberalen Modernisierer. Ihr Urteil wäre wohl weniger positiv, wenn sie derlei Subventionen berücksichtigten. Viele Banker betonen ja, Indiens hochverschuldeten Bauern dürften Schulden nicht erlassen werden, damit die „Kreditkultur“ nicht unterhöhlt wird. Modi's radikale Politik der „Demontarisierung“ sollte voriges Jahr Schwarzgeld bekämpfen. Sie traf Arme besonders hart

und hatte zugleich eine dunkle politische Dimension. Beide Aspekte sind nur ungenügend bekannt.

Im November machte Modi 80 Prozent des Bargeldes wertlos. Plötzlich waren 500- und 1000-Rupie-Scheine ungültig. Sie konnten aber noch drei Monate lang in Bankkonten eingezahlt werden, wobei aber die Quelle des Geldes schon bei relativ kleinen Beträgen genannt werden musste. So wurde sicherlich Schwarzgeld wertlos gemacht. Diese Politik tat aber allen besonders weh, die ihr Bargeld auf faire Weise verdient hatten – beispielsweise in Indiens riesigem informellen Sektor. Auch die kleinen Ersparnisse, die viele arme Frauen über Jahre angesammelt hatten, wurden ausgelöscht. Superreiche spielen für Korruption sicherlich eine größere Rolle – sie horten Ersparnisse aber im Ausland oder in Immobilieninvestitionen.

Angeblich sollten Wahlen vom Schwarzgeld gereinigt werden. Das stand aber offensichtlich nicht auf der Agenda. Ja, bei den Landtagswahlen in Uttar Pradesh und einigen kleineren Bundesstaaten fehlten Parteien die Barrücklagen – nur die BJP hatte vorgesorgt. Ihre Spitzenleute wur-

den offenbar gewarnt und brachten laut Medienberichten ihr Geld rechtzeitig zur Bank.

Erst hieß es, alle Konten würden vor und nach der Demonetarisierung auf Schwarzgeld hin überprüft – aber bald wurden die Parteien ausgenommen. Die indische Öffentlichkeit wird also nicht erfahren, welche finanziellen Vorteile die BJP im Wahlkampf hatte. Langfristig schaffen digitale Transaktionen sicherlich mehr Rechenschaftspflicht, aber kurzfristig hat die Demonetarisierung die Regierungspartei bei Wahlen begünstigt. Es gibt auch ernstzunehmende Klagen, dass elektronische Wahlmaschinen manipuliert worden sein könnten.

Die Regierung redet von einem universellen Grundeinkommen, stellt dafür aber kein Geld bereit. Sie reduziert derweil Ausgaben, die den Armen nutzen – etwa für grundlegende Infrastruktur von Straßen bis Schulen. Durch Modis „Make in India“-Politik entstehen auch nicht dringend benötigte Jobs. Sie läuft nur darauf hinaus, ausländische Investoren anzulocken (siehe meinen Beitrag in E+Z/D+C 2016/9–10, S. 32).

All das sollte bei der Bewertung von Indiens SDG-Politik beachtet werden. Die

BJP versteht Demokratie als krude Mehrheitsherrschaft ohne viel Rücksicht auf konstitutionelle Gewaltenteilung. Die Bundesregierung gibt viel Geld aus, um für den Premierminister zu werben, aber Sozialprogramme wie die National Health Mission für Mütter und Kinder verfügen nicht über ausreichende Mittel.

Modis Charisma beeindruckt internationale Partner. Er stellt sich hinter die UN-Klimarahmenkonvention und fordert eine internationale Solar-Allianz. Zu Hause haben derweil Industrierwünsche Vorrang vor ökologischen Belangen. Das Umweltministerium genehmigt praktisch alles, was Großunternehmen wollen. Solarenergie ist kommerziell attraktiv – und wird deshalb von der Regierung unterstützt.

Die SDGs sind wichtig. Wenn sie erreicht werden sollen, reichen Lippenbekenntnisse im G20-Rahmen nicht.



ADITI ROY GHATAK
ist freie Journalistin
und lebt in Kolkata.

aroyghatak1956@gmail.com

Brutale Spaltung

Indiens rechtsgerichteter Premier Narendra Modi hat kürzlich den orangegewandeten Yogi Adityanath zum Chef der Landesregierung des größten Bundesstaats, Uttar Pradesh, gemacht. Diese Entscheidung belegt seine hinduchauvinistische Haltung.

Adithyanath schätzt die antiislamischen Sprüche von US-Präsident Donald Trump und fordert, Indien solle Reisen aus und nach mehrheitlich muslimischen Ländern einschränken. Seine Haltung ist auf

brutale Weise spalterisch, denn von den 200 Millionen Einwohnern Uttar Pradeshs gehören rund 40 Millionen dem Islam an. Bei den Landtagswahlen im Frühjahr stellte seine Partei, die BJP, dennoch keinen einzigen muslimischen Kandidaten auf. Sie stellt nun 312 von 403 Landtagsabgeordneten, obwohl sie nur rund 40 Prozent der Stimmen bekam. Ihre Leute lagen in vielen Wahlkreisen vorne.

Nach Amtsantritt im März lancierte Adityanath sofort ein Programm gegen Metzgerläden,

die meist von Muslimen betrieben werden. Hindus werfen ihnen vor, sie verkauften Rindfleisch. Adityanath wies die Polizei zudem an, junge muslimische Männer vom Flirt mit jungen hinduistischen Frauen abzuhalten. Seiner Propaganda zufolge werden letztere nämlich systematisch zur Konversion verführt.

Adityanath ist für fundamentalistischen Extremismus bekannt. Eine Jugendorganisation, die er gegründet hat, fiel mehrfach durch Gewalt auf. Als Teenager nahm er selbst an der Bewegung teil, die den Bau eines Tempels an der Stelle der Babri Moschee in Ayodhya im

Osten von Uttar Pradesh forderte. Als 1992 Fanatiker die Moschee abrisen, brachen in ganz Indien Krawalle aus, bei denen mindestens 2000 Menschen getötet wurden. Die meisten waren Muslime. Als Reaktion darauf gab es Anti-Hindu-Krawalle in Pakistan und Bangladesch.

Primer Modi spricht gern von „Entwicklung für alle“. Die Berufung Adityanaths in Uttar Pradesh zeigt aber, dass ihm klar ist, dass Identitätspolitik von anhaltenden Problemen wie Armut, schlechter Infrastruktur und massenhafter Chancenlosigkeit ablenken kann. **Hans Dembowski**



Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



www.twitter.com/forumdc



D+C

Development + Cooperation

TWEETS 9.826 FOLGE ICH 2.101 FOLLOWER 4.743 GEFÄLLT MIR 182 LISTEN 7

Folgen

Editorial office D+C

@forumdc

D+C Development and Cooperation is a webmagazine and bi-monthly print magazine on development and international cooperation.

Frankfurt, Germany

dandc.eu

Beigetreten Januar 2010

Tweet an Editorial office D+C

Tweets Tweets & Antworten Medien



Editorial office D+C @forumdc · 47 Min.
D+C blog: "The oceans are rising, and so war we!" #MarchforScience @ScienceMarchGER #Frankfurt

Original (Englisch) übersetzen



International marches show new pattern of inter...
International marches show new pattern of international civil-society activism
dandc.eu



Editorial office D+C @forumdc · 9 Std.
#Corruption: Politicians in #Tanzania often think that laws don't apply to them. ow/hyQRtE30b8gik

Original (Englisch) übersetzen



Nachhaltig überfordert?

Unter chinesischem Vorsitz überraschte die G20 mit dem Aktionsplan zur Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. Die Gruppe verpflichtete sich zur Umsetzung durch kollektive und individuelle Maßnahmen, zu Hause und international. Deutschland hat die Agenda 2030 zum Bezugsrahmen seines G20-Vorsitzes gemacht. Vor den letzten Etappen zum Gipfel in Hamburg wachsen aber die Zweifel, ob die G20 liefern kann.

Von Adolf Kloke-Lesch

Um eines vorweg zu sagen: Die G20 ist eine gigantische, unverzichtbare Kommunikations- und Konsensmaschine. Weltweit sind sicher 10000 Repräsentanten aus Politik,

se über wechselnde Vorsitze hinweg nicht sichergestellt wird. Das Problem vergrößert sich, wenn viele Länder Wechsel an der Spitze oder politische Umbrüche erleben. Fast die Hälfte der nach Hamburg geladenen Staats- und Regierungschefs waren noch nicht im Amt, als 2015 die Agenda 2030 beschlossen wurde. Zudem ist mehr als ein Drittel der G20-Länder von größeren politischen Krisen gezeichnet.

Die Gruppe darf aber nicht so funktionieren, dass einzelne Mitglieder oder kollektiver Gedächtnisverlust die Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen verhindern. Wer redet noch davon, dass die G20 2014 in Brisbane beschlossen hat, den Unterschied bei der Erwerbstätigenquote von Männern

Aber es gibt auch Bereiche, in denen Teilgruppen einen Unterschied machen können, zum Beispiel Ungleichheit und Teilhabe, Klima und Ozeane. So könnte in der G20 ein Lernprozess zum Umbau von Kohlerelevieren vereinbart werden. Als Gruppe könnte die G20 solche Initiativen anerkennen und ihnen einen Rahmen geben.

Die Agenda 2030 bietet sich für eine solche variable Umsetzungsgeometrie an. Bislang erschweren allerdings konzeptionelle und institutionelle Pfadabhängigkeiten neue Schritte. Zu viele Regierungen und Arbeitsstränge sehen die Agenda 2030 als ein Programm für ärmere Länder und blenden ihre Universalität aus. In der Folge kommt es zu einem verengten Verständnis von gemeinsamem Handeln, das sich nur auf Dritte, nicht aber auf die G20-Länder selber bezieht.

Institutionelle Strukturen verstärken diesen Ansatz. Zwar wurde das Mandat der Entwicklungsgruppe der G20 (Development Working Group – DWG) um die Stärkung und Koordinierung der G20-Rolle bei global nachhaltiger Entwicklung erweitert. In ihrer Zusammensetzung aber bleibt die DWG weithin durch traditionelle Entwicklungsagenturen geprägt und hat Mühe, ihre neue Rolle anzunehmen. Gleichzeitig scheuen Abteilungen der Fachministerien eine Koordinierung durch die DWG, weichen oft der Umsetzung der Agenda 2030 in den G20-Ländern selber aus und lagern sie in die Zusammenarbeit mit ärmeren Ländern aus.

Wenn Hamburg diesen gordischen Knoten nicht lösen kann, sieht es schlecht aus für die Rolle der G20 bei der Umsetzung der Agenda 2030. Deren Universalität muss bekräftigt werden, kollektive Maßnahmen der G20 müssen auch die Umsetzung in den G20-Ländern fördern. Die DWG muss sich für ihre erweiterte Rolle neu aufstellen und Kohärenz über die Arbeitsstränge der G20 fördern. Die G20 muss Wege finden, die Umsetzung der Agenda auch dann voranzutreiben, wenn nicht alle Mitglieder immer von Anfang an dabei sind.



Die G20 unterstützen die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung: Treffen der Außenminister in Bonn im Februar.

Gesellschaft und Wirtschaft, aus Wissenschaft und Medien aktiv eingebunden. Es gehört zum Charme der G20, dass Länder mit unterschiedlichen Entwicklungsmodellen und -niveaus jenseits überholter Blockvorstellungen miteinander sprechen und zusammenarbeiten. Wer als Vorsitz ein gutes Narrativ setzt, kann wirksam werden, auch ohne dass es zu gemeinsamen Beschlüssen kommt.

Dennoch: Die G20 läuft leer, wenn die Vetomacht jedes Mitglieds zum kleinsten gemeinsamen Nenner führt und wenn die nationale Umsetzung kollektiver Beschlüs-

und Frauen bis 2025 um 25 Prozent zu verringern? Was passiert konkret zur Umsetzung der Selbstverpflichtung von Antalya (2015), den Anteil der jungen Menschen, die am stärksten Gefahr laufen, dauerhaft vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen zu sein, bis 2025 um 15 Prozent zu reduzieren? Was wird aus dem 2016 in Hangzhou bekräftigten Bekenntnis zu wirksamer Bekämpfung des Klimawandels?

Vielleicht ist es Zeit für eine G20 der unterschiedlichen Geschwindigkeiten. Es gibt Aufgaben, die nur bei Mitgehen aller funktionieren, etwa die Bankenregulierung.



ADOLF KLOKE-LESCH
ist geschäftsführender Direktor des deutschen Sustainable Development Solutions Network (SDSN Germany),

eines Netzwerks von Wissensorganisationen.
kloke-lesch@sdsngermany.de
<http://www.sdsngermany.de>

Gefährlicher Hunger

Im Februar meldeten UN-Fachleute, im Südsudan herrsche Hungersnot. Diese Katastrophe ist menschengemacht. Weil die Spitzenpolitiker des Landes ihren Streit über Ölreichtum zu einem ausgewachsenen Bürgerkrieg eskalieren ließen, droht nun rund 100 000 Menschen der Hungertod.

Von Hans Dembowski

Im März warnten die UN dann, 20 Millionen Menschen seien in Südsudan, Nordost-Nigeria, Somalia und Jemen gefährdet. Langfristig noch beunruhigender ist aber, dass zivilgesellschaftliche Hilfswerke Alarm schlagen, weil in vielen Gegenden Mangel herrscht, der sich nicht auf kollabierte Staatlichkeit zurückführen lässt. Nothilfe wird auch in knapp einem Dutzend ost- und zentralafrikanischer Länder gebraucht, in denen Gewalt nicht permanent droht. Mehrere Dinge, die sich tendenziell verstärken, spielen dabei eine Rolle.

Dürren, aber auch Hochwasser vernichten seit vielen Monaten Ernten und dezimieren Herden. Darunter leiden sowohl die Lebensmittelversorgung als auch die Kaufkraft. Es lässt sich zwar kein einzelnes Wetterereignis eindeutig auf den Klimawandel zurückführen, es ist aber bekannt, dass er Extremwetterlagen häufiger vorkommen lässt. Wir müssen also davon ausgehen, dass der Treibhauseffekt zu den Problemen beiträgt und sie weiter verschärfen wird, wenn er nicht gestoppt wird.

Die Zahl derer, die ernährt werden müssen, nimmt in Afrika noch rasant zu. Weltweit gilt tendenziell: Je ärmer ein Land ist, desto mehr Kinder bekommen die Frauen im Durchschnitt.

Schädlinge und Krankheitserreger verschlimmern die Lage, denn geschwächte Organismen kommen mit ihnen schlecht zurecht. Das gilt für Menschen, Tiere und Pflanzen.

Im Krieg nutzen Kommandeure Hunger und Not strategisch. Ihre Kämpfer brennen Felder nieder, töten Herden und vergiften Brunnen. Sie machen zudem humanitären Helfern die Arbeit schwer oder sogar unmöglich. Wegen der Zerstörung



Somalische Flüchtlinge in Äthiopien: Die Messung des Armumfangs ist eine zuverlässige Methode, um Unterernährung festzustellen.

von Infrastruktur und der Vernichtung von Saatgut und anderen Rücklagen kann auch nicht alles schnell wieder gut werden, wenn die Waffen endlich schweigen.

Dass Krieg Not verursacht, ist historisch nur allzu bekannt. Andererseits kann auch wachsender Mangel zu Gewalt führen, denn die Spannungen über Ressourcen nehmen zu. Wenn Menschen wegen Hunger massenhaft ihr Zuhause verlassen müssen, um sich anderswo ein Überleben zu sichern, werden komplette Gesellschaften destabilisiert – und gute Regierungsführung wird immer unwahrscheinlicher.

Dass die Ernährungssicherheit in weiten Teilen Afrikas prekärer wird, hat globale Bedeutung. In unserer eng vernetzten Welt betrifft eine schwere Krise in einer Region alle Regionen. Existentielle Not widerspricht zudem offensichtlich dem ersten Nachhaltigkeits-Entwicklungsziel (Sustainable Development Goal – SDG), der Beendigung des Hungers.

Deprimierenderweise melden die Hilfswerke, sie hätten nicht das Geld, das sie brauchen. Die Regierungen der reichen Welt müssen sich den zugrundeliegenden Problemen stellen und zu deren Lösung beitragen. Berlin und London stockten schon im März die Nothilfe auf. Dennoch standen im April nur etwa 20 Prozent der benötigten 4,1 Milliarden Euro

zur Verfügung. Essenziell wichtig über die Nothilfe hinaus ist zudem weiterhin Klimaschutz und Hilfe bei der Anpassung an den Treibhauseffekt. Auch bleibt Unterstützung angezeigt, um Frieden, Institutionen und Infrastruktur zu schaffen.

Aus Sorge über den Andrang von Fliehenden sprechen europäische Politiker heute gern von der Bekämpfung von Fluchtursachen. Das Motto ist stimmig. Dennoch wäre es naiv, schnelle Ergebnisse zu erwarten. Die wahre Aufgabe ist nicht, die Zahl der Flüchtlinge zu begrenzen, die über das Mittelmeer oder auf anderen Wegen zu uns kommen. Es geht darum, allen Menschen, die südlich und östlich dieses Meeres leben, in ihrer Heimat ein gutes Leben zu ermöglichen. Es gilt, Menschenrechte und menschliche Sicherheit zu gewährleisten.

Zäune und Grenzpatrouillen sind keine überzeugende Antwort. Nötig sind gemeinsame Anstrengungen zur Verwirklichung der SDGs.



HANS DEMBOWSKI
ist Chefredakteur
von E+Z Entwicklung
und Zusammenarbeit /
D+C Development

and Cooperation.

euз.editor@fs-medien.de

Programme für die Allerärmsten

Der heutigen Generation kann es erstmals gelingen, extreme Armut auf der ganzen Welt zu beseitigen. In der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung hat sich die internationale Gemeinschaft dieses ambitionierte Ziel gesetzt. Zahlreiche Studien prognostizieren jedoch, dass es nur unter sehr günstigen Umständen zu erreichen sein wird.

Von Jörn Geißelmann

Wachsende Ungleichheit, zunehmende Fragilität von Staaten und die Folgen des Klimawandels laufen der Beseitigung von Armut zuwider. Zudem werden voraussichtlich weder Indien noch Afrika südlich der Sahara Armut so effektiv bekämpfen können wie China zur Zeit der Millenniumsziele. Vor allem in Sub-Sahara Afrika ist mit einer deutlich langsameren Verringerung von Armut zu rechnen.

Der Anteil der „Ultra-Armen“, also der Menschen, deren Einkommen um mehr als die Hälfte unter der internationalen Armutslinie liegen, ist in dieser Region mit Abstand am größten. Die Weltbank bezeichnet daher die Schwere der Armut als eine der drei größten Herausforderungen bei der Verwirklichung des ersten Sustainable Development Goals (SDG 1), Armut in all ihren Formen und überall zu beenden. Sie folgert daraus, dass der Politikdiskurs sich stärker auf die Belange der Ärmsten der Armen konzentrieren muss (Weltbank, 2015).

Die einzige größere Studie zu Ultra-Armut (IFPRI, 2007) hat gezeigt, dass Menschen, die davon betroffen sind, häufig:

- in entlegenen ländlichen Gebieten leben,
- einer ethnischen Minderheit angehören,
- ein niedriges Bildungsniveau aufweisen,
- über geringe Vermögenswerte verfügen und
- unzureichenden Zugang zu Märkten haben.

Frauen, Kinder und Menschen mit Behinderung sind mit großer Wahrscheinlichkeit stärker von Ultra-Armut betroffen



Extrem arme Menschen, wie hier in Burundi, müssen für Trinkwasser oft Kilometer weit laufen. Wasserholen ist Aufgabe der Frauen und Kinder.

als andere. Eine definitive Aussage hierzu würde jedoch Daten voraussetzen, die auch zwischen den Mitgliedern eines Haushalts unterscheiden. Derzeit beruhen Armutszahlen jedoch zumeist auf haushaltsbasierten Umfragen.

Das Chronic Poverty Advisory Network (CPAN, 2014) verweist auf drei zentrale Ursachenkomplexe für Ultra-Armut: ein Mangel an Vermögenswerten und geringe daraus erzielte Erträge, eine stark ungleiche Machtverteilung und die soziale Exklusion von Ultra-Armen sowie das weitere politische Umfeld, makroökonomische Politik und soziale Normen, die den Interessen der Ärmsten zuwiderlaufen. Negative Ereignisse wie die Krankheit eines Familienmitglieds, ein gewaltsamer Konflikt oder eine Naturkatastrophe können Ultra-Armut auslösen oder verstärken.

DIE ÄRMSTEN FÖRDERN

Die nachhaltige Überwindung von Ultra-Armut erfordert sowohl deren Bekämpfung als auch die aktive Verhinderung von Rückfällen

in die Armut. Dazu muss vor allem die Politik die Rechte und Fähigkeiten der Ärmsten fördern und zum Abbau von Ungleichheiten beitragen. Folgende Handlungsfelder sind besonders wichtig:

- Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung: Wachstumsstrategien müssen so inklusiv gestaltet werden, dass auch Menschen in Armut zu Wirtschaftswachstum beitragen und davon profitieren können. In vielen Ländern mit einem hohen Anteil an Ultra-Armen muss immer noch vor allem die ländliche und agrarwirtschaftliche Entwicklung gefördert werden, insbesondere von Kleinbauern. Berufliche Bildung kann informell Beschäftigten bessere Chancen im informellen Sektor eröffnen und den Übergang in formelle Beschäftigungsverhältnisse erleichtern.
- Bildung und Gesundheit: Die Ärmsten, einschließlich Kinder und Frauen, müssen Zugang zu qualitativ angemessener Bildung und Gesundheitsversorgung erhalten. Dazu können unter anderem Solidarfonds, Gutscheine und Stipendien, die Berücksichtigung kultureller Besonderheiten von ethnischen oder religiösen Minderheiten und



**Bildung ist
essenziell:
Schulmädchen
in einem
abgelegenen
Dorf in Thailand.**

die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnik zur Erreichung von entlegenen Gebieten beitragen.

- **Soziale Sicherung:** Universelle soziale Sicherungssysteme, insbesondere bezüglich Grundsicherung und Absicherung gegen Krankheit, müssen schrittweise aufgebaut werden, um auch Ultra-Arme zu erreichen. Grundsicherung kombiniert mit aktivierenden Maßnahmen (siehe BRAC-Beispiel unten) kann nachhaltig aus der Armut führen.
- **Inklusion:** Dort, wo die Ärmsten aufgrund ihrer ethnischen oder anderweitigen Identität diskriminiert werden, sind Maßnahmen zur Überwindung diskriminierender sozialer Normen notwendig. Erforderlich sind auch Ansätze, die Frauen die umfassende Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen ermöglichen.

In Ländern mit hohen Anteilen von Ultra-Armen bietet es sich an, verstärkt auf überproportional betroffene Bevölkerungsgruppen wie Minderheiten, Menschen mit Behinderung und Menschen in entlegenen ländlichen Regionen oder informellen Siedlungen abzielen. In anderen Ländern kann das gezielte Targeting von ultra-armen Haushalten sinnvoll sein.

Eines der erfolgreichsten Programme zur direkten Bekämpfung von Ultra-Armut ist das „Targeting the Ultra Poor“-Programm der NGO BRAC aus Bangladesch, auch bekannt als Graduierungsprogramm. Es

kombiniert Grundsicherung mit aktivierenden Maßnahmen wie der Bereitstellung von produktiven Mitteln und Training. Ein wichtiges Element ist das regelmäßige Coaching der teilnehmenden Familien, bei dem die Trainingsinhalte, aber auch aktuelle Herausforderungen individuell besprochen werden.

Der Ansatz wurde mit Unterstützung der Consultative Group to Assist the Poor (CGAP), einer globalen Partnerschaft mit Sitz bei der Weltbank, in neun weiteren Ländern eingeführt. Auch ein Jahr nach Ende des Programms haben die meisten der teilnehmenden Haushalte Ultra-Armut überwunden (Banerjee et al., 2015). In Bangladesch, wo das Programm mit Abstand am längsten eingesetzt wird, sind diese positiven Wirkungen auch noch nach mehreren Jahren zu beobachten.

Zurzeit wenden mehr als 40 staatliche und nichtstaatliche Akteure den BRAC-Ansatz in jeweils lokal angepasster Weise an. Die Praxis soll auch Antworten auf die Fragen liefern, wie das Programm zugleich kostengünstig und effektiv in der Breite eingeführt werden kann und wie es mit bestehenden nationalen sozialen Sicherungssystemen kombiniert werden kann.

LEBENSUMSTÄNDE BEACHTEN

Generell ist es aufgrund von Marginalisierung, fehlender Bildung und anderen man-

gelnden Ressourcen schwierig, ultra-arme Menschen zu erreichen. Beispielsweise benötigen selbst informelle Müllsammler einen gewissen Organisationsgrad, um von Entwicklungsmaßnahmen zu profitieren. Die Erfahrungen von Organisationen wie BRAC zeigen aber, dass es möglich ist, Ultra-Armen nachhaltig aus der Armut herauszuhelfen. Dazu muss ihren spezifischen Lebensumständen Rechnung getragen werden. Zum Beispiel können die Ärmsten der Armen in der Regel keine finanziellen Eigenbeiträge leisten oder Gebühren aufbringen, zudem haben sie oft keine Zeit oder sind nicht ausreichend gebildet, um regelmäßig an Maßnahmen teilzunehmen.

Die Frage wird zunehmend wichtiger, wie auch staatliche Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA) und nationale Politik Ultra-Arme erreichen können. Gleichzeitig müssen nationale und internationale Strukturen so reformiert werden, dass Ungleichheit nicht weiter wächst, sondern abgebaut wird. Ansonsten wird die Beseitigung extremer Armut bis 2030 wohl ein Wunschtraum bleiben.



JÖRN GEISSELMANN
ist Politikberater bei der GIZ.
Er äußert hier seine
persönliche Sicht.
joern.geisselmann@giz.de

QUELLEN

- Banerjee, A., et al., 2015: A multifaceted program causes lasting progress for the very poor. Evidence from six countries.**
<http://www.econ.yale.edu/~cru2/pdf/Science-2015-TUP.pdf>
- Chandy, L., Ledlie, N., and Penciakova, V., 2013: The final countdown. Prospects for ending extreme poverty by 2030.**
https://www.brookings.edu/wp-content/uploads/2016/06/The_Final_Countdown.pdf
- CPAN, 2014: The Chronic Poverty Report 2014-2015: The road to zero extreme poverty.**
<https://www.odi.org/sites/odi.org.uk/files/odi-assets/publications-opinion-files/8834.pdf>
- IFPRI, 2007: The world's most deprived.**
<http://ebrary.ifpri.org/cdm/ref/collection/p15738coll2/id/125264>
- Weltbank Global Monitoring Report 2014/2015: Ending poverty and sharing prosperity.**
http://elibrary.worldbank.org/doi/abs/10.1596/978-1-4648-0336-9_ReportCard

Mehr als Geldmangel

In Forschung, Politik und Praxis besteht ein breiter Konsens darüber, dass Armut weit mehr bedeutet als ein bloßer Mangel an Einkommen und Vermögen. Im Kern eines multidimensionalen Armutsverständnisses stehen dabei besonders die sogenannten „harten“ Grundbedürfnisse wie Gesundheit, Ernährung, Obdach, Sicherheit oder Bildung. Demgegenüber finden jedoch auch zunehmend „weiche“, immaterielle Grundbedürfnisse Eingang in die Betrachtung. Dazu zählen unter anderem soziale und politische Partizipation, Selbstbestimmung oder auch subjektives Wohlbefinden und Glück.

Von Sebastian Rewerski

Es kann aus unterschiedlichen Gründen sinnvoll sein, objektive Lebensstandards durch subjektive Kriterien wie „Glück“ oder „Lebenszufriedenheit“ zu ergänzen. Die Grundbedürfnisse für Lebensstandards können sich regional unterscheiden und sie können sowohl von sozialen Werten als auch von der individuellen Selbsteinschätzung abhängen. Hinzu kommt,

dass gängige Erfassungsmethoden von Lebensstandards wie der Human Development Index (HDI) der UN die tatsächlichen Lebensbedingungen innerhalb eines Landes nur unvollständig abbilden und hinsichtlich ihrer Auswahl, Gewichtung und Aggregation von Indikatoren häufig in der Kritik stehen.

DEFINITION DES GLÜCKSBEGRIFFS

Eine zentrale Bedeutung bei der Auseinandersetzung mit dem Thema Glück kommt der Definition des Begriffs zu. Eine allgemeingültige Definition bietet sich dabei nicht an, da Glück stets subjektiv empfunden wird und damit impliziert, dass individuelle Präferenzen entscheiden, welche Faktoren ein glückliches Leben ausmachen. Auch wenn beide Begriffe häufig synonym verwendet werden, bestehen grundsätzlich konzeptionelle Unterschiede zwischen „Glück“ und „Lebenszufriedenheit“. Während der Begriff „Glück“ auf ein momentbasiertes, temporäres Gefühl wie Freude oder Vergnügen abzielt, ist der Terminus „Le-

benszufriedenheit“ auf eine erinnerungsba- sierte Einschätzung der gesamten Lebenssituation ausgerichtet.

Mittlerweile hat sich die Glücksforschung zum Ziel gemacht, bestimmende Faktoren des Glücks zu untersuchen. Dabei besteht ein breiter Konsens über wesentliche Einflussfaktoren. Grundsätzlich kann zwischen „externen“ und „persönlichen“ Bedingungen unterschieden werden. Zu den „externen Faktoren“ zählen beispielsweise ökonomische Größen wie Einkommen, Beschäftigung (Vorhandensein von Arbeit und Arbeitsbedingungen) und Ungleichheit, aber auch gesellschaftliche Aspekte wie soziale Integration, Grundrechte sowie politische Aspekte wie die Form der Regierungsführung und Korruption. Die „persönlichen Faktoren“ beziehen sich beispielsweise auf die Gesundheit (körperliche und mentale Gesundheit), die familiären Bedingungen (Partnerschaftsverhältnis und Vorhandensein von Kindern), demografische Aspekte (Geschlecht und Alter) sowie den individuellen Bildungsgrad.

KEINE KAUSALITÄT ZWISCHEN ARMUT UND GLÜCK

Für die Entwicklungsforschung ist es sinnvoll, das empirische Verhältnis zwischen

In Venezuela und Sri Lanka haben die Menschen in etwa die gleiche Lebenserwartung. Venezolaner – wie dieses alte Bauernpaar – empfinden aber laut Forschung deutlich mehr „glückliche Lebensjahre“ als Sri Lanker.





Familie und Kinder sind für ein zufriedenes Leben entscheidend: Werbetafel in Lusaka, Sambia.

Armut und Glück zu betrachten. Aufgrund diverser Überschneidungen zwischen den Einflussgrößen beider Phänomene wird zunächst intuitiv angenommen, dass Armut und Glück eine stark negative Korrelation aufweisen. Tatsächlich gibt es jedoch zwei entgegengesetzte Ergebnisse, die auch als das sogenannte „Easterlin-Paradox“ (Easterlin, 2001) bekannt sind: Während zu einem bestimmten Zeitpunkt Menschen in höher entwickelten Gesellschaften dazu neigen, glücklicher zu sein als Menschen in weniger entwickelten Gesellschaften, steigt innerhalb einer Gesellschaft über die Zeit hinweg – auch bei steigendem Grad menschlicher Entwicklung – das Wohlbefinden nicht an. Vor allem zwei Faktoren liefern Erklärungsansätze für dieses Phänomen: Zum einen wertschätzen Individuen soziale Vergleiche und damit die relative Lebenslage häufig höher als die tatsächliche Lebenssituation. Dies verdeutlicht unter anderem die hohe Bedeutung von Ungleichheit und sozialer Kohäsion. Zum anderen gibt es eine sich verändernde Beziehung zwischen Wohlstand, Glück und den Ansprüchen eines Individuums: Mit steigendem Einkommen im Verlauf der Karriere kommt es auch zu einer stetigen Anpassung der Lebensansprüche.

Grundsätzlich erscheint eine gewisse Variation zwischen Wohlstand und Glück offensichtlich, da beide Phänomene zwar gemeinsame Determinanten aufweisen,

jedoch auch wesentliche charakteristische Unterschiede bestehen. Demnach liegt keine Kausalität zwischen Armut und Glück vor. Umso wichtiger ist die Berücksichtigung des subjektiven Wohlbefindens in der fortlaufenden Diskussion über Lebensumstände und Entwicklungsindikatoren. Das folgende Beispiel verdeutlicht dies: Die durchschnittliche Lebenserwartung ist ein gängiger Gesundheitsindikator und wird als Kennzeichen der Lebensqualität eines Landes verwendet. Dabei könnte man annehmen, dass eine geringere Lebenserwartung in einem Land ein höheres Maß an Armut und somit ein geringeres Maß an Glück impliziert.

Tatsächlich gibt es jedoch eine Vielzahl von Beispielen, bei denen das Gegenteil der Fall ist. Fasst man beispielsweise die Lebenserwartung und die Lebenszufriedenheit in einem kombinierten Indikator, den sogenannten „Happy Life Years“ (Veenhoven, 2004) zusammen, zeigt sich, dass eine höhere Lebenserwartung nicht zwangsläufig mit einem glücklicheren Leben einhergeht. Während einige Länder eine ähnliche durchschnittliche Lebenserwartung aufweisen, bestehen teils erhebliche Unterschiede in der Anzahl der „glücklichen Lebensjahre“. Andere Länder weisen wiederum enorme Unterschiede bei der durchschnittlichen Lebenserwartung auf, erreichen dafür vergleichbar viele „glückliche Lebensjahre“. Eine grundsätz-

liche Bewertung der Ergebnisse ist nur schwer möglich, und es erscheint willkürlich, festzulegen, ob eine durchschnittlich höhere aber unglücklichere Lebenszeit, einer kürzeren, aber glücklicheren Lebenszeit vorzuziehen ist. Derartige Vergleiche zeigen zudem die hohe Bedeutung der Indikatoreauswahl zur Erfassung der Lebensbedingungen in einem Land. Kein einzelner Indikator und kein aggregiertes Set an Indikatoren kann die mehrdimensionalen Lebensbedingungen vollständig abbilden. Eine Betrachtung verschiedener nebeneinander gestellter Werte wird dem Phänomen daher eher gerecht. Dabei sollte die subjektive Perspektive von Individuen als komplementärer Faktor künftig stärker in die Diskussion mit aufgenommen werden.

LITERATUR

- Easterlin, R. A., 2001: *Income and happiness: Towards a unified theory. The Economic Journal*. Vol. 111, pp. 465-484
 Veenhoven, R., 2004: *Happy life years. https://personal.eur.nl/fsw/research/veenhoven/Pub2000s/2004b-full.pdf*

SEBASTIAN REWERSKI

arbeitet als Junior-Politikberater bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ). Der Autor äußert hier seine persönliche Meinung. Er wünscht nicht, dass sein Bild veröffentlicht wird. sebastian.rewerski@hotmail.com

Eine europäische Marke

Die EU hat bei der Verabschiedung der Sustainable Development Goals (SDGs) und bei den Verhandlungen zum Pariser Klimaabkommen eine wichtige Rolle gespielt. Aber ihre eigene Politik besteht den Nachhaltigkeitstest nicht. Die EU muss zu der Solidarität zurückkehren, die einst ihr zentrales Konzept war.

Von Karl Falkenberg

Der Begriff der Nachhaltigkeit geht auf die deutsche Forstwirtschaft im 18. Jahrhundert zurück. Er bedeutet: Fülle nicht mehr Holz in einem bestimmten Zeitraum, als in demselben Zeitraum nachwachsen kann.

Heute wird der Begriff in einem weiteren Sinne verwendet. Es geht darum, dass zukünftige Generationen dieselben Möglichkeiten haben sollen wie die jetzt leben-

das Klima geschützt werden. Außerdem müssen starke Institutionen für Frieden und Gerechtigkeit sorgen.

Von Anfang an basierte die EU auf den Prinzipien von Frieden und Rechtsstaatlichkeit, die von starken Institutionen gestützt werden. Die gemeinsame Wirtschaftsordnung basierte auf der Idee der sozialen Marktwirtschaft. Das Konzept war erfolgreich. Schwach entwickelte Länder, die der EU beitraten, erreichten größeren Wohlstand. Doch leider hat sich Konkurrenzdenken an die Stelle des Solidargedankens gesetzt, weshalb 120 Millionen Europäer in die Armut abrutschen könnten und viele Bürger die EU in Frage stellen.

Ein schon länger bestehendes Problem ist, dass der wirtschaftliche Erfolg Europas oftmals auf Kosten der Umwelt geht. Der Kontinent ist dicht bevölkert und hat

Deshalb muss die EU die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft neu entdecken. Dazu zählt neben Solidarität auch Verantwortung für die Folgen der wirtschaftlichen Handelns. Die EU muss die SDGs als übergeordnete politische Ziele anerkennen.

Alle Politikvorschläge müssen anhand der drei Aspekte von Nachhaltigkeit überprüft werden: wirtschaftlich, sozial und ökologisch – und zwar mit dem gleichen Stellenwert. Mehr Partizipation und Transparenz bei politischen Entscheidungen sind nötig, und die Auswirkungen der Politik müssen besser überwacht und der Öffentlichkeit kommuniziert werden.

RICHTUNGSWECHSEL VONNÖTEN

Die Zukunft sieht düster aus: Wenn im Jahr 2050 10 Milliarden Menschen nach den zur-



In der Forstwirtschaft bedeutet Nachhaltigkeit, dass nicht mehr Bäume gefällt werden, als nachwachsen können.

den Menschen. Wichtige Aspekte sind dabei der Kampf gegen Armut und Hunger, gute Arbeit für alle, eine gute Gesundheitsversorgung, qualitativ hochwertige Bildung und die Gleichberechtigung der Geschlechter. Natürlich müssen zugleich die Umwelt und

wenig natürliche Ressourcen. Er hat mehr als seinen gerechten Anteil der weltweiten Rohstoffe verbraucht, und erst heute begreift man, dass es angesichts des globalen Bevölkerungswachstums so nicht weitergehen kann.

zeit in der EU herrschenden Konsum- und Produktionsmustern leben, braucht die Menschheit zweieinhalb Mal so viele Rohstoffe, wie es auf der Erde gibt. Es ist gut, dass die EU den Wandel zu einer Kreislaufwirtschaft eingeleitet hat. Wir müssen Müll

recyclen. Wir müssen die Lebensdauer von Produkten durch Reparaturen, Wiederverwertung und Wiederaufbereitung erhöhen. Wir müssen bei der Produktion von Gütern und Dienstleistungen Ressourcen einsparen, und wir müssen stärker auf erneuerbare Energien setzen.

Europa entwickelt sich derzeit zu einer dienstleistungsorientierten Wirtschaft. Teure Güter werden lieber geleast als gekauft. Dieser Trend ist gesund, weil er die Zahl der Güter verringert, während Millionen neue Jobs entstehen.

Wir wissen, dass die Wiederverwertung von Altmetall deutlich effizienter ist als Bergbau. Wir verfügen über Technologien, qualitativ hochwertige Altstoffe zu recyceln. Was übrig bleibt, sollte zumindest für die Energiegewinnung in Müllverbrennungsanlagen verwendet werden. Solche Anlagen können mit Heizsystemen verbunden werden und zur Deckung des Energiebedarfs sowie zur Verbesserung der Luftqualität beitragen. Die Umwandlung zu einem nachhaltigen Wirtschaften erfordert rechtliche Rahmenvorschriften, die den Wandel unterstützen und Investoren Planungssicherheit geben.

KEINE ABGESTIMMTE POLITIK

Die EU ist der einzige größere Partner, der seine im Kyoto-Protokoll gemachten Zusagen für die Reduzierung des Treibhausgasausstoßes erfüllt hat. Dennoch stößt die EU noch immer mehr klimaschädliche Treibhausgase aus als sie, gemessen am Anteil an der Weltbevölkerung, dürfte: Weniger als sieben Prozent der Weltbevölkerung leben in der EU, aber der Anteil der Treibhausgasemissionen liegt bei zehn Prozent des weltweiten Ausstoßes.

Die EU war bei der Entwicklung von Technologien für erneuerbare Energien zunächst vorne, wurde aber inzwischen von China überholt. Weil eine abgestimmte Politik fehlte, hat die EU ihren Startvorteil vergeben. Der Vorschlag einer Energie-Union setzt richtigerweise darauf, dem Energiesparen höchste Priorität einzuräumen. Energieeffiziente Produkte energiesparend zu produzieren, kann für die EU ein neuer Wettbewerbsvorteil sein. Das schafft Arbeitsplätze, erfordert aber Innovation.

Auch die Finanzmärkte sind nicht auf einem nachhaltigen Weg. In den 80er

Jahren waren die globalen Finanzanlagen und die Bruttoinlandsprodukte noch in etwa ausgeglichen. Doch seither haben die Finanzanlagen die Realvermögen um ein Vierfaches überholt aufgrund wachsender öffentlicher Verschuldung und Spekulation in ungedeckte Zukunftswerte.

Um sich besser gegen externe Schocks zu schützen, muss die EU ihre Bankenunion vervollständigen. Eine vernünftige Bankenaufsicht wird immer wichtiger – besonders mit Blick auf eine mögliche Kehrtwende der USA bei der Finanzregulierung, durch die eine neue Krise wahrscheinlicher wird. Den Finanzsektor nachhaltiger zu gestalten bedeutet, die spekulativsten Handelsformen zu unterbinden.

Darüber hinaus bedarf es irgendeiner Form der Finanztransaktionssteuer, damit der kurzfristige spekulative Überweisungsverkehr gebremst wird. So eine Steuer käme auch den Staatshaushalten zugute. Es ist absurd, dass in unserem System noch immer die Arbeit am stärksten besteuert wird.

Ein weiteres Problem sind Steuerschlupflöcher. Das Europäische Parlament schätzt die durch Steuervermeidung entstehenden Einbußen auf 50 bis 70 Milliarden Euro pro Jahr. Das Geld wird dringend für die Infrastruktur und die Gesundheitssysteme sowie für Bildung und soziale Sicherung benötigt.

Die Europäer generieren derzeit individuellen Wohlstand, steigern die Ungleichheit und schwächen die öffentlichen Haushalte auf nichtnachhaltige Weise. Wir sollten uns nicht auf Philanthropen verlassen. Es ist besorgniserregend, dass Milliardäre wie Bill Gates mehr Geld für Belange des öffentlichen Interesses ausgeben als gewählte Regierungen.

PROBLEMATISCHE LEBENSMITTELINDUSTRIE

Auch die Lebensmittelindustrie hat beunruhigende Formen angenommen. Bauern stehen unter dem ständigen Druck, mehr und billiger zu produzieren. Die zunehmende und teure Nutzung von Pestiziden, Düngemitteln und immer ausgefeilterer Technologie hat die Einkommen der Landwirte so sehr schrumpfen lassen, dass viele aufgeben. Die Höfe, die überleben, haben sich meist auf große Monokulturen spezialisiert – mit gravierenden Folgen für die Umwelt.

Auch die Konsumenten leiden: Lebensmittel sind durch Pestizide oder Anti-

biotika belastet. Fettleibigkeit, Herz-Kreislauferkrankungen und Diabetes nehmen zu, auch aufgrund unserer Ernährungsweise. Wir subventionieren Bauern mit öffentlichen Geldern, und wir begünstigen große industrieartige Betriebe zulasten der Umwelt und der ländlichen Beschäftigung.

Die gute Nachricht ist, dass alternative Ansätze an Beachtung gewinnen. Weniger Pestizide und Düngemittel bedeuten nicht automatisch weniger Ertrag. Wenn es der Natur gut geht, produziert sie fruchtbare Böden und sauberes Wasser und hilft bei der Bestäubung. Bauern, die sich dem Teufelskreis aus Preiskampf und Verteuerung der Produktionskosten entzogen haben, erzielen höhere Einkommen. Auch die Konsumenten ändern ihr Verhalten, wenden sich Bioprodukten zu und reduzieren ihren Fleisch- und Zuckerkonsum.

Die Liste nichtnachhaltiger europäischer Politik ist noch viel länger. Die Luftverschmutzung in Städten ist eine große Herausforderung, ebenso wie die durch Pendler verursachten Emissionen. Die Gewässer sind überfischt und verschmutzt.

Doch es gibt Hoffnung. Immer mehr Europäer sind sich der Probleme bewusst. Die europäischen Strategien sind nicht ausreichend, aber immer noch besser als in anderen Weltregionen. Viele Länder nehmen sich die europäischen Nachhaltigkeitslösungen zum Vorbild.

Die Tatsache, dass 120 Millionen Europäer von Armut bedroht sind, ist ein Alarmsignal dafür, dass unser Wirtschaftsmodell gescheitert ist. Die EU braucht eine Strategie, mit der Sicherheit, anständige Arbeit und gute, bezahlbare Lebensstandards mit den ökologischen Grenzen des Planeten Erde in Einklang gebracht werden. Auf diesem dicht besiedelten Kontinent kann Nachhaltigkeit nur in jenem Geiste der Solidarität erreicht werden, der die Römischen Verträge, die Grundlage der Europäischen Union, prägte. Nachhaltigkeit kann eine gemeinsame Vision für alle Europäer sein – und die Marke, die den Kontinent vereint.



KARL FALKENBERG
ist Seniorberater
beim European Political
Strategy Centre (EPSC),
der Denkfabrik der

Europäischen Kommission.
karl.falkenberg@ec.europa.eu

Einige Textilproduzenten in Bangladesch kümmern sich um das Wohl ihrer Mitarbeiter und bieten kostenlose Familienberatung. Seite 13

